



FÜR SOLIDARITÄT MIT DEM KAMPF DER PALÄSTINENSER/INNEN

um Würde, Land und Freiheit

März 2024

Versammlung der Anarchist/Innen gegen die
selbstverständlichen Grundlagen des Machtregimes
<https://againstobvious.espivblogs.net/>
against_obvious@espiv.net





Die Broschüre ***Für die Solidarität mit dem palästinensischen Kampf für Würde, Land und Freiheit*** wurde im März 2024 von der "Anarchistischen Versammlung gegen die selbstverständlichen Grundlagen des Machtregimes" veröffentlicht.

Die "Anarchistische Versammlung gegen die selbstverständlichen Grundlagen des Machtregimes" ist eine offene Versammlung, die im Herbst 2021 in Athen gegründet wurde. Sie ist eine Praxis der Selbstorganisation und ein offener Aufruf zur Organisation und zum Widerstand gegen jede selbstverständliche autoritäre Säule der Gesellschaft: den Staat, den Kapitalismus, das Patriarchat, den Nationalismus, den Rassismus, die Religionen, das Spektakel, die institutionelle Organisation der Gesellschaft und jede von der Macht auferlegte Spaltung.

Wir bedanken uns herzlich bei M., V. und F. für die Übersetzung und Bearbeitung der Broschüre.

INHALT

- ☛ Ein kurzer historischer Überblick über die "Palästinafrage"
- ☛ Kartierung des palästinensischen Widerstands
- ☛ Israel: Ein Staat im ständigen Ausnahmezustand / Ein koloniales Regime / Ein staatliches Synonym für Apartheid
- ☛ "Anti"-Terrorismus-Doktrinen oder aus dem Handbuch der globalen Aufstandsbekämpfung. Propaganda, Informationskontrolle, "gewaltsame" Erlangung von Zustimmung
- ☛ Die gegensätzlichen Pole und die Haltung des griechischen Staates
- ☛ Autoritäten innerhalb der palästinensischen Gesellschaft und die antikoloniale Grundlage des Kampfes
- ☛ Gegen die "Logik" von Aufrechnungen und der gleichen Abständen
- ☛ Kritik am Ansatz und der Ideologie der nationalen Befreiung und des Antiimperialismus
- ☛ In Solidarität mit dem palästinensischen Kampf

EIN KURZER HISTORISCHER ÜBERBLICK ÜBER DIE "PALÄSTINAFRAGE"

DIE GESCHICHTE IST DIE WISSENSCHAFT.

die uns durch eine systematische Untersuchung der Vergangenheit hilft, vergangene Zeiten bis heute zu verstehen. Wie jede Wissenschaft, die sich im kapitalistischen Kontext entwickelt hat, wird auch die Geschichte als neutral und distanziert dargestellt, obwohl die Historiker die Fakten auf eine Weise rekonstruieren, die zu spezifischen Erzählungen führt, die von der herrschenden ideologischen Sicht auf die Vergangenheit inspiriert sind. Diese Erzählungen über die Vergangenheit zielen immer darauf ab, sowohl die Gegenwart als auch die Zukunft zu bestimmen¹. Die Geschichte ist jedoch auch das Feld, auf dem Soziale- und Klassengegensätze dargestellt

1 Wir alle kennen den Satz «Geschichte wird von den Siegern geschrieben», der entweder mit Winston Churchill oder Napoleon Bonaparte in Verbindung gebracht wird.

werden, und daher ergeben sich unterschiedliche Ansätze und Erzählungen². Aus einer anarchistischen, antagonistischen, emanzipatorischen Perspektive werden wir argumentieren, dass der israelische Staat die Region Palästina seit 75 Jahren besetzt hält. Auf der Grundlage dieses Verständnisses gehen wir von einer Solidarität mit den Palästinensern gegen ihre Vernichtung und ständige Vertreibung aus und fordern «Würde, Land und Freiheit».

Die Region Palästina liegt im Nahen

2 Ein Chronist, der Ereignisse aufzählt, ohne zwischen großen und kleinen zu unterscheiden, handelt nach der folgenden Wahrheit: Nichts, was jemals geschehen ist, darf als für die Geschichte verloren gelten. Gewiss, nur eine erlöste Menschheit erhält die Fülle ihrer Vergangenheit - das heißt, nur für eine erlöste Menschheit ist ihre Vergangenheit in allen ihren Momenten zitierfähig geworden. Thesen zur Philosophie der Geschichte, Walter Benjamin.

Osten und erstreckt sich vom Mittelmeer bis zum Jordan und grenzt (gemäß den Grenzänderungen nach dem Ersten Weltkrieg) im Norden an die Staaten Libanon und Syrien (im Nordosten), im Osten an Jordanien und im Südwesten an Ägypten. Historisch gesehen wird die Region seit dem zweiten Jahrhundert v. Chr. als das «Land der Philister» bezeichnet. Während des 16. Jahrhunderts war der größte Teil des Nahen Ostens unter osmanischer Herrschaft. Die Verwendung des Namens «Palästina» begann während der Verhandlungen vor dem Ende des Ersten Weltkriegs zwischen der siegreichen Entente-Allianz (Frankreich, Großbritannien usw.), der bevorstehenden Auflösung des Osmanischen Reiches, das mit den «Mittelmächten» (Deutschland, Österreich-Ungarn) verbündet war, und der Bildung der arabischen Staaten in diesem Gebiet.

Aus jüdischer Sicht galt diese Region als «Land Zion» oder «Gelobtes Land» und bezeichnete das Gebiet, das das jüdische Volk unter der Führung von Moses nach einer langen Zeit der

Sklaverei in Ägypten durchquerte. Während des Römischen Reiches wurden die Juden verfolgt und wanderten jahrhundertlang an verschiedene Orte aus. Die Menschen jüdischen Glaubens bilden eines der charakteristischsten Beispiele für eine Glaubens-Nation, anstelle eines «Nationalstaats», und im Laufe der Jahre waren sie in Europa (der historischen Wiege des Rassismus) Verfolgungen im Rahmen eines fanatischen institutionellen und sozialen Rassismus (Antisemitismus) ausgesetzt. Der Antisemitismus erreichte seinen Höhepunkt in Mitteleuropa in der Zwischenkriegszeit und mit der Machtübernahme der Nazis in Deutschland bis zum Holocaust.

Ab Mitte des 19. Jahrhunderts kam es zu einer ersten Einwanderung



von JudInnen nach Palästina, die vor allem im zaristischen Russland Verfolgungen und Pogromen ausgesetzt waren. Ende des 19. Jahrhunderts nahm die zionistische Bewegung Gestalt an. Es handelte sich um eine radikale politische Bewegung, die – unter religiöser Tarnung - die Gründung eines jüdischen Staates in der historischen Region Palästina anstrebte. Ihre Haupttaktik bestand in der Besiedlung, der fortschreitenden Verfolgung der AraberInnen und der mehrheitlichen oder nicht mischbaren Herrschaft der jüdischen Bevölkerung in dem Gebiet. 1896 legte der österreichisch-ungarische Jude Theodor Herzl in seinem Buch «Der Judenstaat» das Manifest des politischen Zionismus vor. In dem Buch heißt es bezeichnenderweise: «Palästina ist unsere unvergeßliche historische Heimat [...] Wir sollten dort einen Teil eines Walls von Europa gegen Asien bilden, einen Vorposten der Zivilisation im Gegensatz zur Barbarei»³.

Der Zionismus (jüdischer Nationalismus) war das politische Mittel, mit dem die Idee der

3 Herzl Theodor (2010) [1896]. Der jüdische Staat. Penguin, UK.

Gründung des Staates Israel als jüdischer Staat und der Rückkehr der JudInnen in das «Gelobte Land» verwirklicht werden konnte. Bald darauf wanderten immer mehr JudInnen in diese Region ein. Im Jahr 1903 lebten dort jedoch 500.000 Araber und nur 25.000 JudInnen⁴. Anfangs stellte der Zionismus eine Minderheitstendenz unter den JudInnen dar. Er wurde sogar vom orthodoxen Judentum kritisiert, weil er nicht den Grundsätzen des Talmuds (des zentralen Textes des rabbinischen Judentums) folgte, wonach das jüdische Reich erst mit der Ankunft des Messias wiedergeboren werden wird. Der Zionismus gliedert sich in drei Hauptrichtungen: den politischen, den gewerkschaftlichen/sozialistischen und den kulturellen Zionismus. Trotz diverser Unterschiede vereinten sich die drei Richtungen in einer gemeinsamen Sichtweise - mit unterschiedlichen Ausgangspunkten und Wegen – mit dem Ziel einer jüdischen Mehrheit auf dem Gebiet⁵.

4 Faktenblatt: The Palestinian Nakba & The Establishment of Israeli Apartheid, Institute for Middle East Understanding, imeu.org, 8/3/13.

5 Finkelstein Norman, Image and Reality of

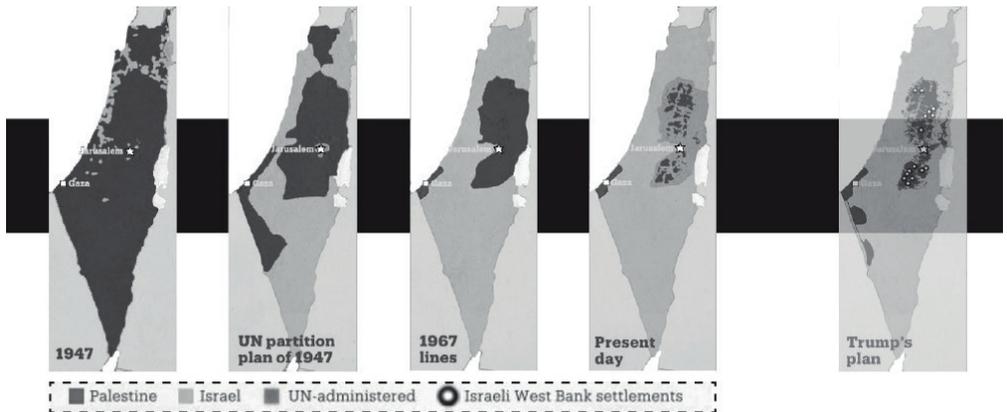
Kurz vor dem Ende des Ersten Weltkriegs besetzte das Vereinigte Königreich Jerusalem (1918) und errichtete die britische Herrschaft in Palästina. Zuvor hatte der britische Außenminister Arthur Balfour die berühmte Balfour-Erklärung abgegeben, die den Weg für die Gründung des israelischen Staates ebnete. Dies ist genau der Punkt, an dem die Interessen der britischen Außenpolitik mit den Bestrebungen der zionistischen Bewegung verschmolzen, was zur Gründung des Staates Israel führte. Bei der Betrachtung dieses historischen Zeitraums darf nicht außer Acht gelassen werden, dass es einen starken Drang zur Auflösung des Osmanischen Reiches (und von Imperien im Allgemeinen) und zur Schaffung unabhängiger Nationalstaaten gab. Vor allem im Nahen Osten spiegelten die neuen Grenzverläufe und die entstehenden Staaten die geopolitische Bedeutung und die reichhaltigen Ölreserven wider.

Die zionistische Einwanderung

the Israel-Palestine Conflict, Verso, 2003, S. 71-92.

von JudInnen nach Palästina führte zu einem exponentiellen Anstieg der jüdischen Bevölkerung in diesem Gebiet. Bis 1941 erreichte die jüdische Bevölkerung 500.000 Einwohner, verglichen mit 25.000 JudInnen zu Beginn des Jahrhunderts. Dies führte zu den ersten (bewaffneten) Konflikten zwischen der arabischen und jüdischen Bevölkerung. In der Zeit vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs (1936-1939) wurde ein palästinensischer Aufstand gegen die britische Herrschaft mit Hilfe von zionistischen Milizen niedergeschlagen.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und unter dem Druck des Holocaust (mit der grausamen Vernichtung von mehr als 6 Millionen JudInnen) verabschiedete die Generalversammlung der Vereinten Nationen (UN) am 29. November 1947 die Resolution 181, in der die Teilung Palästinas in einen arabischen und einen jüdischen Staat gefordert wurde, wobei die Stadt Jerusalem als *corpus separatum* von einem internationalen Sonderregime verwaltet werden sollte. Die Entscheidung, den Staat Israel zu



gründen, diente als «Entschädigung» für den Antisemitismus und die Gräueltaten, die während der Schrecken des Holocausts ihren Höhepunkt erreichten. Darüber hinaus prahlten nach dem Zweiten Weltkrieg sowohl der West- als auch der Ostblock mit ihren antifaschistischen Errungenschaften, um ihre eigenen Gräueltaten, ihre totalitären Strukturen und Regime, ihre Ausbeutung, Unterdrückung und Brutalitäten zu verschleiern und zu normalisieren.

Am 14. Mai 1948, einen Tag vor dem Ende der britischen Herrschaft in Palästina, erklärte der israelische Staat seine Gründung und Unabhängigkeit mit dem Mitglied der zionistischen Arbeiterpartei David Ben-Gurion als erstem Premierminister. Unmittelbar nach der Verkündung

der Unabhängigkeit des Staates Israel brach der erste arabisch-israelische Krieg aus, als fünf arabische Staaten (Ägypten, Jordanien, Syrien, Libanon, Irak) in das Gebiet des ehemaligen palästinensischen Mandats einmarschierten. Der Krieg stand auch für die palästinensische «Nakba», was auf Arabisch «Katastrophe» bedeutet und sich auf die Massenvertreibung und Enteignung der PalästinenserInnen durch die zionistische Miliz bezieht, die den Tod von 5.000 PalästinenserInnen, die Vertreibung von mehr als 700.000 Menschen und die Zerstörung von etwa 500 palästinensischen Dörfern zur Folge hatte. Die israelische Armee (Israeli Defense Forces - IDF) setzte sich gegen die arabische Koalition durch, und im März 1949 unterzeichneten Israel und die arabischen Staaten

ein Waffenstillstandsabkommen auf der Insel Rhodos. Dem Abkommen zufolge besetzte Israel 77 % Palästinas (während das UN-Abkommen von 1947 von 56 % ausging), das Westjordanland (am Jordan) wurde vom Königreich Jordanien annektiert, und das Gebiet des Berges Sinai sowie der Gazastreifen sollten von Ägypten besetzt werden. Das Abkommen sah die Gründung eines palästinensischen Staates nicht vor, förderte aber die Masseneinwanderung von JudInnen in das Gebiet und die Umsiedlung palästinensischer Gebiete.

Das nächste große historische Ereignis war der zweite arabisch-israelische Krieg von 1967, der so genannte Sechs-Tage-Krieg. Israel nutzte die Uneinigkeit der arabischen Nachbarstaaten, ihre Arroganz und die Unterschätzung ihrer Fähigkeiten (selbst als die israelische Luftwaffe sechs syrische MiG-Kampffjets abschoß), Ausschlaggebend war am Ende, dass sie die Tatsache, dass sich Israel mit den geostrategischen Interessen des Westens im Nahen Osten verbündet hatte, missachteten⁶. Der Sieg Israels

war überwältigend. Es eroberte den Gazastreifen, die Sinai-Halbinsel, das Westjordanland (einschließlich Ost-Jerusalem) und die Golanhöhen und baute seine territoriale Souveränität aus. Die Niederlage der arabischen Staaten im Sechstagekrieg wurde als «Naksa» bekannt, was Rückschlag oder Niederlage bedeutet, und löste eine Welle von 300 000 palästinensischen⁷ Flüchtlingen vor allem aus dem Westjordanland aus. Am Ende des Krieges verabschiedete der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen die Resolution 242, die den Rückzug Israels «aus den 1967 besetzten» Gebieten und «die Beendigung aller kriegerischen Ansprüche oder Zustände» forderte⁸. Der Verweis auf die «internationale Legitimität», wie sie in der Resolution beschrieben wird, ist der Grund, warum sowohl die Palästinensische Autonomiebehörde als auch größere Teile der Linken die Rückkehr zum Status quo vor dem Krieg von 1967 fordern. Dies schließt die «Nakba» von 1948 nicht ein. Dabei wird jedoch übersehen, dass das so genannte Völkerrecht

6 Finkelstein, N. G. (2003). Bild und Wirklichkeit des israelisch-palästinensischen Konflikts. Verso. S. 243-282

7 Interviews mit radikalen palästinensischen Frauen, AK Press, 2023, S.157

8 https://en.wikipedia.org/wiki/Six-Day_War, abgerufen im April 2024.



Israelische Streitkräfte besetzen Ost- Jerusalem. 8. Juni 1967.

in der «Sprache» der Mächtigen geschrieben ist und daher leicht missachtet werden kann, wenn die Macht dies erfordert und allgemeine geopolitische Interessen dies erfordern.

ISRAELISCHE STREITKRÄFTE BESETZEN OST- JERUSALEM. 8. JUN.

Der «dritte Akt» der arabisch-israelischen Kriege fand 1973 mit dem sogenannten Jom-Kippur-Krieg (dem heiligsten Tag des Jahres im Judentum) statt. Der Krieg begann nach einem koordinierten Angriff einer Koalition arabischer Staaten unter Führung von Ägypten und Syrien. Der Großteil der Kämpfe zwischen den beiden Seiten fand

auf der Sinai-Halbinsel und den Golanhöhen statt - beides Gebiete, die 1967 von Israel besetzt worden waren. Der Angriff scheiterte im Wesentlichen, auch wenn die arabischen Staaten vorübergehend einige Siege erringen konnten. Israel verfolgte eine diplomatische Taktik und trat als die Partei mit „Konsens“ auf. Nach dem Abkommen von Camp David 1978 gab Israel die Sinai-Halbinsel an Ägypten «zurück» und beendete damit im Wesentlichen die ständige militärische Bedrohung an seiner Südgrenze.

1982 marschierte der israelische Staat im Rahmen der Operation «Frieden für Galiläa» in den Libanon



Das Gemälde basiert auf dem Massaker in den Flüchtlingslagern Sabra und Satila im Libanon im Jahr 1982. Reminiszenz an Guernica.

ein und begründete dies mit dem Mordversuch an dem israelischen Botschafter im Vereinigten Königreich. In Wirklichkeit ging es darum, die militärische und politische Infrastruktur der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) im Südlibanon zu zerstören, wo die PLO ihren Hauptsitz hatte. Bei den israelischen Angriffen wurden mehr als 20.000 Menschen getötet, während palästinensische Organisationen Beirut verließen. Nach dem Rückzug der PLO fand einer der brutalsten Abschnitte dieser blutigen Geschichte statt, als fanatische christliche Milizen im Libanon mit Unterstützung der israelischen Verteidigungskräfte (unter der Führung des späteren israelischen Premierministers Ariel

Sharon) in das Beiruter Stadtviertel Sabra und das angrenzende Flüchtlingslager Shatila eindrangen und mehr als 3.000 Menschen abschlachteten. Die israelischen Streitkräfte blieben bis 1999 im Südlibanon.

Im Anschluss an die erste Intifada (1987-1993) unterzeichneten Israel und die PLO die Osloer Abkommen (1993, 1995). Die Abkommen werden als Ergebnis des Zusammentreffens von zwei Faktoren angesehen: einerseits der Zusammenbruch des kommunistischen Blocks und andererseits der internationale Druck zur Deeskalation des israelisch-palästinensischen Konflikts. Die Abkommen führten auch zu einem veränderten Kräfteverhältnis



Erste Intifada

zwischen den beiden Parteien, was dem Staat Israel einen enormen Vorteil verschaffte. Dennoch wurden die Abkommen weder von den PalästinenserInnen (die Mehrheit warf Arafat vor, Israel nachzugeben) noch von den Israelis akzeptiert (1995 ermordete ein Rechtsextremist den israelischen Premierminister Yitzhak Rabin, als dieser eine Massenkundgebung zur Unterstützung der Osloer Abkommen verließ). Die Abkommen stellten zu diesem Zeitpunkt eine konkrete politische Entscheidung dar, wobei die Ankündigung der

Gründung eines palästinensischen Staates in die Zukunft verschoben wurde. Dies wurde jedoch nie realisiert, was die Besatzungsrealität und das Apartheidregime gegenüber den PalästinenserInnen verstärkte. Das zweite Osloer Abkommen erlaubte es Israel, seine «bestehenden Rechte» in diesen Gebieten beizubehalten.

Im März 2004 wurde Ahmed Jassin, Gründer und Führer der Hamas, bei einem israelischen Angriff in Gaza getötet. Im November desselben Jahres starb Jassir Arafat,



Zweite Intifada

der langjährige PLO-Führer und spätere Leiter der Palästinensischen Autonomiebehörde. Die Präsidentschaft der Palästinensischen Autonomiebehörde wurde daraufhin Mahmoud Abbas, dem Favoriten des westlichen Blocks, welcher diese Stelle bis heute einbehält, übertragen.

Während der zweiten Intifada (2000-2005) begann der israelische Staat mit dem Bau der 708 km langen Trennmauer im Westjordanland (2003). Durch den Bau der Mauer wurden palästinensische Dörfer und landwirtschaftliche Flächen annektiert. Im Jahr 2006 fanden

nach der Zweiten Intifada in den palästinensischen Gebieten Parlamentswahlen für den zweiten Palästinensischen Legislativrat (PLC), die Legislative der Palästinensischen Autonomiebehörde (PNA), statt. Das Ergebnis war ein Sieg der Hamas, nachdem die Fatah sich den Interessen Israels gebeugt hatte, zusätzlich zu den bestehenden Vorwürfe der Korruption bei der Verwaltung internationaler humanitärer Hilfsgelder. Seit ihrer Gründung im Jahr 1987 beteiligte sich die Hamas aktiv am Widerstandskampf und

leistete gleichzeitig humanitäre Arbeit auf dem Gazastreifen (Lebensmittellinien, Schulen, Krankenhäuser). Die Fatah, die die Palästinensische Autonomiebehörde kontrolliert, hat das Wahlergebnis nicht akzeptiert. Die USA forderten die Hamas auf, den bewaffneten Kampf einzustellen, den israelischen Staat anzuerkennen und alle früheren Vereinbarungen zu akzeptieren. Die Fatah vertrieb die Hamas aus dem Westjordanland, verfolgte und inhaftierte Hamas-Funktionäre und zerstörte die Büros der Hamas. Abbas entließ die von der Hamas geführte Koalitionsregierung von Ismail Haniyeh und ernannte Salam Fayyad (mit dem Segen westlicher Mächte) zum Premierminister, um eine neue Regierung zu bilden. Fayyad war früher für die Weltbank und den Internationalen Währungsfonds tätig. Als Reaktion darauf bombardierte die Hamas die Büros der Fatah im Gazastreifen, entwaffnete deren Mitglieder und verwies Fatah-Funktionäre aus dem Gazastreifen. In der Zwischenzeit verhaftete und inhaftierte der israelische Staat Hamas-Abgeordnete des palästinensischen Parlaments und beschuldigte sie, Mitglieder einer terroristischen Organisation zu

sein. Seitdem haben keine Wahlen mehr stattgefunden, und Israel hat Abbas als seinen «privilegierten» Gesprächspartner anerkannt. Der Antagonismus von Fatah und Hamas im besetzten Palästina kann nur als Machtkampf verstanden werden.

In all diesen Jahren hat die israelische Aggressivität durch Besiedlung des Westjordanlands sowie durch Angriffe und Bombardierungen im Gazastreifen nicht nachgelassen. Israel startete die Operation «Gegossenes Blei» (2008-2009) gegen den Gazastreifen, bei der mehr als 1.000 Menschen ermordet wurden, die Operation «Wolkensäule» (2012) und die Operation «Protective Edge» (2014), bei der 50 Tage lang bombardiert und mehr als 2.000 Menschen ermordet wurden.

Im Jahr 2018 (von März bis zum Nakba-Jahrestag am 15. Mai) organisierten PalästinenserInnen wöchentliche Kundgebungen, die die Abriegelung des Gazastreifens «in Frage stellten». Die DemonstrantInnen forderten das Ende der Isolation des Gazastreifens und die Rückkehr der Flüchtlinge in ihre Häuser. Die israelischen Streitkräfte reagierten darauf mit dem Abfeuern von echten Kugeln

und Tränengas. Bei den Protesten starben mehr als 260 Menschen und 30.000 wurden verwundet⁹.

Im Jahr 2021 stürmten israelische Siedler und Sicherheitskräfte die Al-Aqsa-Moschee im besetzten Ostjerusalem und feuerten mit Kugeln, Gummigeschossen und Betäubungsgranaten auf die PalästinenserInnen, die gegen sie demonstrierten. In den besetzten Gebieten kam es zu Zusammenstößen, und aus dem Gazastreifen wurden Raketen auf Israel abgefeuert. Als Reaktion darauf flogen die israelischen Streitkräfte 11 Tage lang Luftangriffe im Rahmen der Operation «Wächter der Mauern». Während dieser Operation wurden mehr als 250 Menschen ermordet¹⁰.

Eine wichtige Entwicklung auf politischer Ebene ist die Normalisierung der internationalen Beziehungen zwischen dem israelischen Staat und anderen arabischen Mächten, wie den Vereinigten Arabischen Emiraten, Bahrain und derzeit Saudi-Arabien.

Das am 12. August 2020 zwischen den Vereinigten Arabischen Emiraten und Israel unterzeichnete Abkommen mit dem biblischen Namen «Abraham-Abkommen» (der religiöse Name sollte dem Projekt Legitimation verleihen) ebnete im Wesentlichen den Weg für eine zwischenstaatliche Zusammenarbeit in den Bereichen Technologie, Wirtschaft, Luftfahrt und so weiter. Einen Monat später unterstützte Bahrain in einer öffentlichen Stellungnahme das Abkommen als einen Schritt in Richtung Frieden, gefolgt von Marokko und dem Sudan. Drei Jahre später und vor den Ereignissen vom 7. Oktober 2023 versuchte eine US-Initiative, Israel und Saudi-Arabien wieder anzunähern, um den Geltungsbereich des Abraham-Abkommens zu erweitern und damit den tauenden Beziehungen zwischen Saudi-Arabien und Iran entgegenzuwirken.

Die vorläufig letzte Episode in dieser historischen Entwicklung ist natürlich der Angriff der Hamas (und anderer palästinensischer Organisationen) vom 7. Oktober,

⁹ Die Proteste des Großen Marsches der Rückkehr nach Gaza erklärt, Huthifa Fayyad, www.aljazeera.com, 30.3.19

¹⁰ Erinnerung an Israels Angriff auf Gaza 2021, www.middleeastmonitor.com, 6/5/22



Seit dem 7. Oktober ist der Gazastreifen größtenteils durch israelische Bombardements zerstört worden.

bei dem Tausende von Menschen aus dem Gazastreifen unter dem Codenamen Al-Aqsa-Flut Militärlager, Kontrollpunkte und Siedlungen (einschließlich Zivilisten) angriffen. Der Angriff wurde angeblich aufgrund internationaler Entwicklungen initiiert, die die palästinensische Frage abzuwerten schienen, sowie aufgrund der zunehmenden Feindseligkeit der israelischen Streitkräfte im Gazastreifen und der wachsenden Zahl von Siedlungen im Westjordanland. Der israelische Staat reagierte auf den Angriff vom 7. Oktober mit seinem gewalttätigsten Angriff auf den Gazastreifen, und nicht nur dort, bei

dem bisher (in einem Zeitraum von 3,5 Monaten) etwa 30.000 Menschen getötet wurden, Hunderttausende verwundet wurden, Flüchtlinge zurückblieben und Infrastrukturen jeglicher Art demoliert wurden. Auch nach diesem Angriff Israels setzten die PalästinenserInnen ihren Widerstand gegen ihre Beseitigung fort. Kurz vor Ende des Jahres 2023 erklärten wichtige palästinensische Organisationen, dass sie den Widerstand gegen die israelische Feindseligkeit im Gazastreifen fortsetzen werden¹¹.

11 Unsere palästinensische Vision - Führende palästinensische Widerstandsgruppen geben gemeinsame Erklärung ab, www.palestinechronicle.com, 23/12/23

KARTIERUNG DES PALÄSTINENSISCHEN WIDERSTANDS

IM JAHR 1964 wurde die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) gegründet. Die PLO ist eine nationale Befreiungsorganisation, deren erklärtes Ziel die Befreiung der historischen Region Palästina durch bewaffneten Kampf war. Die PLO war die Organisation, die von vielen Staaten international als Vertreterin der PalästinenserInnen anerkannt wurde. Ursprünglich hatte sie ihren Sitz in Jordanien, doch nach dem «Schwarzen September» im Jahr 1970 vertrieb das jordanische Regime die palästinensische Organisation aus seinem Gebiet. Danach zog sie in den Libanon um, den sie 1982 nach dem Einmarsch israelischer Truppen in die Außenbezirke von Beirut erneut verlassen musste.

Die dominierende Organisation

innerhalb der PLO war die Al Fatah, die unter der Führung des bekannten Palästinenserführers Jassir Arafat entstand, eine Organisation mit militärischer Ausrichtung, die jedoch seit den 1980er Jahren die Zweistaatenlösung unterstützte. Die Fatah unterstützte die Osloer Abkommen (1993, 1995) und bildete das «Rückgrat» der Palästinensischen Autonomiebehörde nach diesen Abkommen. Die Palästinensische Autonomiebehörde ist eine Institution, eine Basis für einen Staatsapparat, und befindet sich im Westjordanland, das sie kontrolliert. Diese Kontrolle hat auf der einen Seite mit der internen Überwachung der palästinensischen Bevölkerung zu tun (Sicherheitskräfte, Haftanstalten, Recht und Ordnung, Vermittlungsmechanismus für

die israelischen Streitkräfte) und auf der anderen Seite mit der Verwaltung von Geldern aus dem Ausland (von denen, die der israelische Staat überhaupt erst zulässt) für die Umsetzung einer Art von Sozialpolitik. In den 1990er und 2000er Jahren wurde deutlich, dass hochrangige Beamte beträchtliche Summen dieser Gelder zu ihrer persönlichen Bereicherung veruntreut haben. Die Fatah behält die Macht im Westjordanland, auch wenn sie die Wahlen im Jahr 2006 gegen die Hamas verloren hat.

Die Volksfront zur Befreiung Palästinas (P.F.L.P.)¹² war eine marxistisch-leninistische Widerstandsorganisation, die nach dem «Sechstagekrieg» gegründet wurde, um die Besatzung zu bekämpfen. Sie schloss sich der P.L.O. an, verließ diese aber nach den Osloer Verträgen, welche sie in Frage stellte. Die Volksfront versuchte, die palästinensische Frage zu «internationalisieren», indem sie im Ausland Aktionen (z. B. Flugzeugentführungen) durchführte, während sie gleichzeitig politische Verbindungen zu städtischen

Guerillaorganisationen in Europa unterhielt. Sie trat für die Schaffung eines demokratischen antikolonialen Staates für AraberInnen und JudInnen ein, was einer der Gründe für ihren Austritt aus der PLO war, und bildete für Jahrzehnte die zweitgrößte und einflussreichste Organisation nach der Fatah. Die Volksfront für die Befreiung Palästinas - Generalkommando spaltete sich von der P.F.L.P. ab. Die Demokratische Front für die Befreiung Palästinas spaltete sich von der Volksfront ab und hatte eine maoistische politische Ausrichtung. Die Demokratische Front schloss sich auch der P.L.O. an und befürwortete die «Zweistaatenlösung».

Diese drei Organisationen waren bis zum Ausbruch der Ersten Intifada, die sich spontan in den besetzten Gebieten bildete und von keiner Organisation kontrolliert wurde, die größten. Das Entstehen und die voraussichtliche Stärkung von Organisationen mit religiösem Charakter wie der Hamas und dem Islamischen Dschihad hat sich seit der zweiten Hälfte der 1980er Jahre entwickelt.

12 Profil: Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP), www.bbc.com, 18/11/14

Die Hamas (Islamische Widerstandsbewegung) hat ihren Ursprung in der ägyptischen Organisation des politischen Islam, der «Muslimbruderschaft». Sie wurde 1987 während der ersten Intifada gegründet, gewann aber an Einfluss, als sie die Osloer Abkommen zur Schaffung von zwei Staaten entschieden ablehnte und sich gegen die anhaltende Schwäche der Palästinensischen Autonomiebehörde (Fatah) gegenüber Israel wandte. Die Hamas gewann die Wahlen zum Legislativrat 2006, aber die Fatah verweigerte ihr die Kontrolle über die Palästinensische Autonomiebehörde, indem sie ihre Aktivitäten im Westjordanland «verbot». Seitdem herrscht die Hamas im Gazastreifen und hat die Fatah aus diesem Gebiet vertrieben.

Der Islamische Dschihad ist zwar eine islamistische sunnitische Organisation, wurde aber von der iranischen islamischen Revolution von 1979 beeinflusst. Er ist ein wichtiger Teil des bewaffneten Widerstands und war an den «Selbstmordattentaten» beteiligt, die in den 2000er Jahren in israelischen Städten verübt wurden (an denen auch die Hamas und in geringerem

Maße linke Organisationen beteiligt waren).

Der Widerstand manifestiert oder beschränkte sich jedoch nicht nur auf die Aktionen bewaffneter Organisationen, die auf die eine oder andere Weise ideologisch eine Art national-liberalistische These und Strategie verfolgen. Der Anti-Okkupations- und Anti-Kolonial-Kampf hat auch sozial-emanzipatorische Züge angenommen, die sich aus dem Widerstand der palästinensischen Gesellschaft ergeben, die durch die jahrzehntelange Besatzung, das Töten, die Vertreibung, die Folter und die Inhaftierungen nicht in die Knie gezwungen wurde. Es ist diese Art von Widerstandswürde deren von unten, ihre Weigerung, das Schicksal der Besatzung mit Rassendiskriminierung, Erniedrigung, Ausrottung und Verfolgung zu akzeptieren, von der sich auch bewaffnete Organisationen inspirieren lassen und mit der sie interagieren.

So entwickelte sich beispielsweise ab 2003 im Westjordanland ein umfassender und lang anhaltender «Volkskampf» gegen den Bau der so genannten «israelischen

Trennungsmauer», d. h. der 9 Meter hohen und 750 Kilometer langen Mauer, die der israelische Staat Mitte der 2000er Jahre im Westjordanland errichtete. Dieser Kampf konzentrierte sich auf palästinensische Dörfer (Bilain, Na'alın, Ma'asra, Beit Umar, Nabi Saleh), die entweder vom israelischen Staat annektiert werden sollten, wobei ihr landwirtschaftliches Land mit Olivenbäumen - ihre wichtigste Lebensgrundlage - zerstört oder konfisziert wurde, oder denen wichtige Wasserressourcen entzogen wurden, die für den Bedarf der israelischen Siedler reserviert werden sollten. Dieser Kampf war ein Aufruf der PalästinenserInnen und ein Treffpunkt mit israelischen und internationalen SolidaritätsaktivistInnen, die systematisch und jahrelang an verschiedenen Aktionen teilnahmen (um zusammenzukommen, um zusammenzuleben - Ta'ayush auf Arabisch). Unter ihnen, mit einer bedeutenden Präsenz, sind die jüdischen AnarchistInnen gegen die Mauer, die diesen Kampf mit den folgenden Worten charakterisieren: *«Eine unerbittliche palästinensische Volkswiderstandsbewegung, die alles verkörpert, was am Kampf für Freiheit*

und Gleichheit in diesem Land würdig und menschlich ist. Sie marschieren unbewaffnet auf beschlagnahmtes Land und blockierte Straßen zu. Sie trotzen Tränengas, Schlägen und Kugeln, nächtlichen Razzien und erfundenen Anklagen. Sie leisten Aufklärungsarbeit und unterstützen Familien. Und die ganze Zeit über streckten sie Israelis und Ausländern die offene Hand entgegen, damit diese sich dem Kampf anschließen [...] Obwohl die zweite Intifada wesentlich stärker militarisiert war als die erste, gab es weit verbreitete Beispiele für den Kampf des Volkes und den zivilen Widerstand, wie direkte Aktionen, Proteste und Demonstrationen, Initiativen von Nichtregierungsorganisationen, unabhängige Informations- und Medienarbeit, Jugendprojekte, Boykottkampagnen und zivilen Ungehorsam, die in der Regel von lokalen Volkskomitees organisiert wurden.»

Ebenso können wir die Stellung der Frauen in der palästinensischen Gesellschaft und ihre Kämpfe im Vergleich zu anderen arabischen Ländern, den feministischen Diskurs und die Intervention radikaler Frauen in den palästinensischen Gemeinden, die offene Diskussion und Prozesse über geschlechtsspezifische Diskriminierung und Hierarchien, die Macht von Tradition und Patriarchat in der palästinensischen Gesellschaft



nicht ignorieren. Es ist auch wichtig, den Versuch zu erwähnen, die palästinensische Frage wieder zu internationalisieren, und zwar durch Organisationen und Netzwerke wie die B.D.S.-Bewegung (Boycott, Desinvestition, Sanktionen), die in den letzten Jahren Menschen im Ausland zum Widerstand gegen das israelische Apartheidregime mobilisiert hat.

Der Höhepunkt und die bekanntesten Momente des spontanen Volkswiderstands sind jedoch die beiden Aufstände (Intifada) der besetzten Bevölkerung in den Jahren 1987-1993 und 2000-

2005. Aufstände, die sich jenseits der Vorhersagen und der Kontrolle der hierarchisch-autoritären Organisationen (mit säkularen oder religiösen Merkmalen) ereigneten und ausbreiteten, die (wie immer bei allen derartigen Organisationen und Parteien auf der ganzen Welt) innerhalb der Dialektik, der Widersprüche und der Grenzen der Kämpfe mehr oder weniger erfolgreich versuchten, die soziale Rebellion zu integrieren, zu lenken und zu repräsentieren.

Erste Intifada: Am 8. Dezember 1987 rammt ein israelisches Fahrzeug ein Auto mit palästinensischen



Arbeitern, wobei vier von ihnen getötet werden. Die Nachricht verbreitete sich rasch, und es kam zu einem weit verbreiteten und unruhigen sozialen Aufstand, der die Welt jahrelang erschütterte und das palästinensische Kopftuch zu einem internationalen Symbol des Widerstands und Kampfes machte. Die Wurzeln der Intifada sind natürlich in den vorangegangenen 40 Jahren der Besetzung und Verfolgung der PalästinenserInnen durch den israelischen Staat zu suchen. Während der ersten Intifada stellte ein Großteil der palästinensischen Gesellschaft die israelische Herrschaft in den besetzten palästinensischen Gebieten aktiv in Frage und prägte

die Bedingungen der Solidarität mit dem palästinensischen Kampf. Dieser Aufstand war so stark, dass fast alle Seiten versuchten, ihn zu kontrollieren, um ihn politisch und gesellschaftlich zu unterdrücken: Es ist kein Zufall, dass der westliche Hegemonialblock (unter Führung der Vereinigten Staaten von Amerika) den Kontakt Israels mit der PLO (die den Aufstand nicht kontrollieren konnte) begünstigte und die Osloer Abkommen zustande brachte, die sich als «toter Buchstabe» für den palästinensischen Kampf und als «Reinwaschversuch» für den israelischen Staat erwiesen. Es ist auch kein Zufall, dass sich in dieser Zeit die Hamas als religiöses Gegengewicht zur ständigen und



zunehmenden Radikalisierung der palästinensischen Gesellschaft im Umfeld des Aufstands entwickelte.

Zweite Intifada: oder die Intifada von Al-Aqsa. Al-Aqsa ist eine heilige Moschee für Muslime. Der Aufstand brach aus, als Oppositionsführer Ariel Sharon (Vorsitzender der rechtsextremen israelischen Likud-Partei) zusammen mit Sicherheitskräften am 28. September 2000 Al-Aqsa besuchte. Zur Erinnerung: Scharon wurde für das Massaker in den palästinensischen Flüchtlingslagern von Sabra und Schatila im Libanon im Jahr 1982 verantwortlich gemacht. Bei den Protesten im Anschluss an Scharons Besuch wurden sieben Palästinenser

von israelischen Sicherheitskräften auf Befehl des damaligen israelischen Premierministers Ehud Barak getötet und Hunderte verletzt. Dies war der Auslöser für die Zweite Intifada, die auch auf alle besetzten palästinensischen Gebiete übergriff.

War die erste Intifada eine spontane, weit verbreitete und von keiner Organisation getragene Bewegung, die mit den Osloer Verträgen abebbte, so war die zweite Intifada zu einem großen Teil eine Folge der «Sackgassen», in die die Osloer Verträge führten. Diese Tatsache wurde im Juli 2000 durch das «Scheitern» des Gipfeltreffens von Camp David bestätigt, bei dem die siebenjährigen

«bilateralen Friedensgespräche» aufgrund der maximalistischen Forderungen der israelischen Seite und ihrer Forderung nach sofortiger Akzeptanz ihrer Bedingungen beendet wurden. Die zweite Intifada hatte andere Merkmale als die erste (auch aufgrund der unterschiedlichen Umstände sowohl innerhalb Palästinas als auch international)¹³. Der palästinensische Ungehorsam drückte sich nun verstärkt durch bewaffneten Widerstand über die ihn vertretenden Organisationen aus, was auch die Methode der «Selbstmordattentate» einschloss.

Die zweite Intifada führte zum Rückzug der israelischen Streitkräfte und der israelischen SiedlerInnen aus dem Gazastreifen. Trotz des Abzugs behielt der israelische Staat jedoch die Kontrolle über den Gazastreifen und errichtete eine Blockade des Gebiets, um die palästinensische Bevölkerung zu ersticken. In der Tat hat er etwas geschaffen, das als «das größte offene Gefängnis der Welt» bezeichnet wird. Der Gazastreifen

ist von einem Zaun umgeben, der an vielen Stellen eine Betonmauer ist, mit Maschinengewehren, Kamera- und Sensortürmen und einer «Pufferzone», die von Panzern und gepanzerten Mannschaftswagen patrouilliert wird. Im Jahr 2021 schloss der israelische Staat den Bau einer drei Meter tiefen unterirdischen Betonsperre entlang des bestehenden Zauns ab, um zu verhindern, dass Menschen unter den bestehenden Mauern hindurch tunneln, etwa am Rafah-Übergang nach Ägypten. Im Jahr 2018 begann Israel außerdem mit dem Bau einer 37 Meilen langen Seesperre vor der Küste des Gazastreifens.

Was jedoch aus den wenigen Informationen aus dem Gazastreifen hervorgeht, ist dass ein unvorstellbares Netz von Tunneln unter diesem Gebiet angelegt wurde. Es scheint, dass das gesamte Gebiet ausgegraben ist und dass es unterirdische Enklaven gibt, die durch Tunnel unter den Wohngebieten miteinander in Verbindung stehen. Während die Landguerilla von der Kenntnis der (für die Feinde) unbekanntener Berge und die Stadtguerilla von der Unsichtbarkeit ihrer unbekanntener

13 Anatomy of Another Rebellion, Middle East Research and Information Project: Kritische Berichterstattung über den Nahen Osten seit 1971, Middle East Report 217, S. Tamari, R. Hammami, www.merip.org, Winter 2000

Mitglieder profitierte, indem sie gefälschte Personalausweise, Pässe usw. ausstellte, motivierten im Gazastreifen, wo es keine Möglichkeit gibt, in die Berge zu fliehen oder die Unsichtbarkeit zu nutzen, die Notwendigkeit und die Entscheidung für den Widerstand

die Schaffung von buchstäblichen und bildlichen unterirdischen Widerstandsnetzen in Tunneln. Israel versucht, diese unterirdischen Widerstandsnetze durch den Massenmord an unbewaffneten Menschen zu zerstören.

ISRAEL: EIN STAAT IM STÄNDIGEN AUSNAHMEZUSTAND

Ein koloniales Regime / Ein staatliches Synonym für
Apartheid

DIE BEDEUTUNG VON APARTHEID in der Sprache Afrikaans (eine Sprache, die in 1/3 Südafrikas gesprochen wird und von den niederländischen Kolonisten des Landes stammt) ist «Segregation». Die Apartheid in Südafrika war ein System der staatlich organisierten und institutionalisierten Segregation von Menschen auf der Grundlage ihrer rassischen Herkunft. Es handelte sich um eine Reihe von rassistischen Gesetzen und Praktiken, die das Leben der Schwarzen zugunsten der weißen Herrschaft in Südafrika entwürdigte. Die Rassentrennung kam mit dem Kolonialismus im 17.th Jahrhundert, und die Apartheid wurde durch ein Gesetz (29.6.1949), das gemischte Hochzeiten zwischen

Weißes und Schwarzen verbot, zur offiziellen Staatspolitik, welche sich auf alle Bereiche des täglichen Lebens ausdehnte. Es folgte die räumliche Segregation, bei der die Bewegung von Schwarzen in «weiße Gebiete» verboten wurde und die Schwarzen gezwungen waren, in verstreuten und zersplitterten Enklaven, den so genannten Bantustan-Gebieten, zu leben (weiße Kolonisten nannten Schwarze Bantu). Das System der Apartheid wurde bis 1991 aufrechterhalten, als es durch den langjährigen und vielgestaltigen Kampf der schwarzen Bevölkerung in Verbindung mit dem internationalen Aufschrei und der Solidarität abgeschafft wurde.

Der Staat Israel beruhte schon

vor seiner offiziellen Gründung auf den zionistischen Idealen, die trotz ihrer Unterschiede je nach Vertreter der verschiedenen Arten des Zionismus in der Schaffung eines jüdischen Staates in Zion, dem historischen «gelobten Land», zusammenliefen, indem sie versuchten, eine numerische Mehrheit der jüdischen Bevölkerung gegenüber den AraberInnen zu schaffen. Als Ausdruck des jüdischen Nationalismus beruhte er fast grundsätzlich auf der Degradierung der arabischen Bevölkerung in Bezug zu der Jüdischen.

Bei seiner Gründung 1948 eroberte Israel den größten Teil Palästinas (ca. 77 %), während es nach dem «Sechs-Tage-Krieg» 1967 im Wesentlichen das gesamte Gebiet besetzte, mit eingeschränkter palästinensischer Kontrolle über fragmentierte Enklaven im Westjordanland und im Gazastreifen nach 2005. Außerdem dehnt es seine Gebiete in den benachbarten arabischen Staaten immer weiter aus. Seit der Gründung des israelischen Staates leben die PalästinenserInnen unter dem Besatzungsregime, das sie in jedem Moment ihres Alltags belastet: Vertreibungen, Morde, Verletzungen

und ständige Demütigungen. Israel erniedrigt ständig das Leben der PalästinenserInnen.

Im Laufe der Jahrzehnte wurde dieser Zustand für die PalästinenserInnen immer unerträglicher. Die Realität der Besatzung - der Kolonisierung - in Verbindung mit den ständigen israelischen Siedlungen, die im Wesentlichen ein Apartheidregime auf israelischem Gebiet bilden, beinhaltet die Diskriminierung der palästinensischen Gemeinschaft und die Verletzung des Rechts auf Freizügigkeit, sogar auf dem Gebiet der angeblichen palästinensischen Souveränität, aufgrund der Existenz von Mauern und unzähligen Kontrollpunkten. Gleichzeitig kam es zu Hinrichtungen von PalästinenserInnen (durch den israelischen Geheimdienst, das Militär und die Siedler), zu Folterungen und Verletzungen¹⁴ durch das Brechen ihrer Gliedmaßen.

14 Nach Berichten von Menschenrechtsorganisationen erreichten sie sogar das Europäische Parlament: www.europarl.europa.eu/meetdocs/2004_2009/documents/cm/618/618799/618799el.pdf



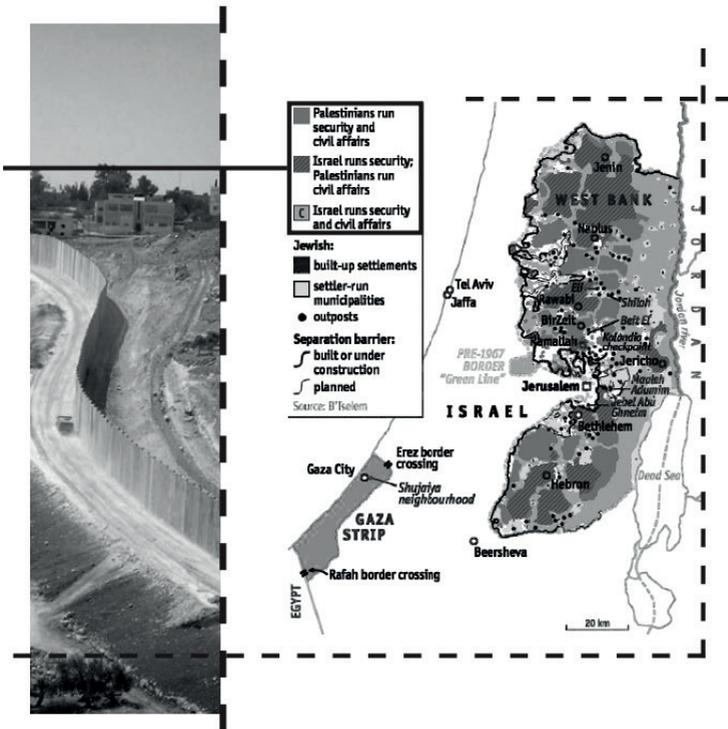
Die Formalisierung des Diskriminierungsregimes kann in den Osloer Verträgen nachvollzogen werden, die ganz klar für eine permanente israelische Dominanz «im Verborgenen» eintraten, indem sie das «Alibi» einer eingeschränkten palästinensischen Selbstbestimmung nutzten, die vor allem ein «Bantustan»-Regime durch das Vorhandensein von diskontinuierlichen und unzusammenhängenden palästinensischen Gebieten inmitten der israelischen Dominanz verstärkte. Neben der gegenseitigen Anerkennung der «Konfliktparteien» (des israelischen Staates und der Palästinensischen

Befreiungsorganisation) kam es zur Bildung der so genannten Palästinensischen Autonomiebehörde, d. h. zur Schaffung eines palästinensischen Staates (die auf eine unbekannte Zukunft verschoben wurde). Zu diesem Zeitpunkt gab es die Aufteilung des Westjordanlandes in 3 Zonen. Die meisten Dörfer und Städte, in denen Palästinenserinnen und Palästinenser leben, sind voneinander getrennt, und die Bewegung von einem Ort zum anderen ist aufgrund der israelischen Kontrollpunkte schwierig, demütigend und zeitaufwändig (Zone A - Bantustan unter der Kontrolle der Palästinensischen Behörde).



Die israelischen Militärlager und Außenposten wurden zur Kontrolle der palästinensischen Gebiete und der Transfers, zum Schutz der Siedler und natürlich für militärische Operationen auf der Grundlage entsprechender Befehle errichtet (Zone B - unter gemeinsamer Kontrolle, militärische Kontrolle durch den israelischen Staat und politische Kontrolle durch die Palästinensische Behörde). Darüber hinaus gibt es in der Mitte zahlreiche israelische Siedlungen, deren Bewohner - wie zum Beispiel in Hebron - oft tödliche Aggressionen ausüben (Zone C - unter israelischer Kontrolle).

Die ständige Ausweitung der israelischen Siedlungen führt dazu, dass die PalästinenserInnen in ein immer enger begrenztes, unregelmäßiges Gebiet verdrängt werden, was dazu führt, dass sie sich nicht mehr ungehindert in den palästinensischen Gebieten bewegen können. Die Bedingungen haben sich durch die vom israelischen Staat nach dem Ausbruch der Zweiten Intifada (unter dem Vorwand, Angriffe auf Israel zu verhindern) errichtete 750 km lange Sperranlage/ Mauer im Westjordanland, die das palästinensische Gebiet viel tiefer



Aufteilung des Westjordanlands in die Zonen A, B und C nach den Osloer Verträgen

als die so genannte Grüne Linie¹⁵ einschränkt, noch verschärft. Die Mauer zur faktischen Sicherung der besetzten Gebiete durch Israel und die Annexion von viel mehr Gebiet ist das krasseste Symbol dieser Form der Apartheid, bei der sich diejenigen, die die politische, wirtschaftliche und militärische Macht haben, hinter

größeren oder kleineren Festungen verbarrikadieren, um die Außenseiter auszuschließen und ihre Interessen zu verteidigen. Es handelt sich um eine 8-9 Meter hohe Betonmasse mit einer toten Zone von 50-100 Metern, dazwischen Außenposten, Kontrollpunkte, Kameras und Elektrozäune, die israelische Siedlungen miteinschließen und 9,5 % der bewohnten und kultivierbaren palästinensischen Gebiete abtrennen, vor allem die Gebiete mit Olivenbäumen, die die

¹⁵ Die grüne Linie wurde als der am weitesten entfernte Punkt definiert, den die israelischen Truppen 1949 innerhalb der palästinensischen Gebiete erreichten.

wichtigste Lebensgrundlage für die DorfbewohnerInnen darstellen. Diese Art von Mauern und Barrieren findet man auch in der «zivilisierten westlichen Welt» zum Abfangen von MigrantInnen an den Grenzen zwischen den USA und Mexiko, in den spanischen Enklaven Ceuta und Melilla in Marokko und in Evros an den Grenzen zur Türkei auf griechischem Gebiet. Dieses Regime, das die Menschenwürde verletzt, wird durch die Mauer, die den Gazastreifen umgibt, sowie durch die Seebarriere, die dasselbe Gebiet abtrennt, vervollständigt.

Die letzte Episode, die das Segregationsregime verschärft und formalisiert, ist die Verabschiedung des berüchtigten Gesetzes über den «jüdischen Nationalstaat» durch Israel im Juli 2018. Laut diesem Gesetz ist «Israel das historische Heimatland des jüdischen Volkes, und es hat das ausschließliche Recht auf Selbstbestimmung auf diesem Gebiet». Durch dieses Gesetz wird der Gebrauch der arabischen Sprache eingeschränkt und arabische Israelis (etwa 1,8 Millionen - 20 % der Bevölkerung Israels) werden im Wesentlichen zu Nicht-Bürgern degradiert.

Israel ist ein Staat, der sich in einem ständigen Zustand des Ausnahmezustands, der Expansion, der Aggressivität und der militärischen Aktivität befindet und der nicht zögert, jedes geeignete Mittel einzusetzen, um seine Ziele gegen diejenigen zu erreichen, die als Feinde oder Bedrohung angesehen werden. Um seine Ziele zu erreichen, verfolgt es eine militaristische Politik mit einem obligatorischen Militärdienst im Alter von 18 Jahren (32 Monate für Männer und 24 Monate für Frauen zusammen mit Ausbildungsabschnitten, die bis zum Alter von 40 Jahren wiederholt werden können) und zielt darauf ab, ein zionistisches/nationalistisches Gewissen unter der Jugend zu formen. Gleichzeitig geht das Regime unerbittlich gegen Andersdenkende vor, mit zahlreichen Beispielen gewaltsamer Unterdrückung von Mobilisierungen und Protesten, mit Drohungen oder Inhaftierung von WehrdienstverweigerInnen aus Gewissensgründen und mit Zensur, Informationskontrolle und Unterdrückung jeglicher Gegenstimme.

Eine Folge des Militarismus, der Disziplin und des Engagements

für den Staat zeigt sich darin, dass Israel das «Musterland» im «Krieg gegen den unsichtbaren Feind» des Covid19 war und mehr als 80 % der Bevölkerung impfen konnte.

All dies scheint nicht mit dem Bild übereinzustimmen, das Israel im Ausland vermittelt, wo es als vorbildlicher Staat in Bezug auf individuelle Rechte und Freiheit der sexuellen Orientierung dargestellt wird¹⁶.

Gleichzeitig befindet sich der

16 Aus diesem Grund wurde ihr vorgeworfen, die Taktik des «Pink-Washings» (oder «Rainbow-Washings») anzuwenden. «Pink-washing» nennt man die Taktik, bei der sich ein Staat (oder eine Institution) den Grund für die Unterstützung der Rechte von LGBTI+ Menschen «aneignet», um sich als fortschrittlich darzustellen und seine politischen Entscheidungen zu unterstützen. Insbesondere Israel wirbt für sich selbst als eine Oase der Demokratie und der sexuellen Freiheit in einer Region, in der es Staaten und Regime gibt, die völlig illiberal, autoritär und unterdrückerisch sind. Im Gegensatz zu diesem Bild, das der israelische Staat eifrig zu präsentieren versucht, wurde die Technik des «Pink-Washing» von queeren Personen hervorgehoben, um nicht nur zu zeigen, dass es sich um eine Propaganda der Progressivität Israels gegenüber der muslimischen Welt handelt, sondern auch um die aktive Abwertung und Verschlechterung ihrer Position innerhalb der israelischen Gesellschaft aufzuzeigen.

israelische Staat in einem ständigen Zustand der Kriegsvorbereitung, was seine Außenpolitik betrifft. Dies lässt sich leicht feststellen, wenn wir uns die kriegerischen Auseinandersetzungen mit den Nachbarländern im Laufe der Jahrzehnte noch einmal vor Augen führen. Für die israelische Außenpolitik bleiben die Themen, um die es geht, so lange stabil, bis sie ihre territorialen und politischen Interessen erfüllt hat. Es ist kein Zufall, dass Israel nie seine offiziellen Grenzen festgelegt hat, was ein einzigartiges Beispiel dafür ist, dass eine solche «Frage» immer noch offen ist und es dauerhaft einen offenen Raum von der israelischen Seite gibt, um Initiative zu ergreifen und Lösungen zugunsten seiner Forderungen zu erreichen. Israel zögert nicht, auch Ziele anzugreifen, die sich nicht in seinem Hoheitsgebiet befinden, wie das jüngste Beispiel des Luftangriffs und der Bombardierung von Beirut (Hauptstadt des Libanon), mit dem Ziel, den stellvertretenden Hamas-Führer Al Aruri zu töten.

Trotz der aufwendigen Vorwände, die der israelische Staat vorbringt, führt die Lektüre der Geschichte und



die Analyse seiner Politik eindeutig zu folgendem Schluss: Israel ist ein koloniales Regime, ein Apartheid-Besatzungsstaat mit ständiger Aggressivität sowohl im Ausland als auch im Inneren des Landes.

Das berühmt-berüchtigte «Recht auf Selbstverteidigung», auf das sich Israel beruft, ist nichts weiter als ein «toter Buchstabe». Dies kann insbesondere gegenüber einer besetzten Bevölkerung nicht mit dem

Argument des «Krieges» begründet werden, da es auf der anderen Seite kein staatliches Gebilde gibt.

”ANTI”-TERRORISMUS- DOKTRINEN ODER AUS DEM HANDBUCH DER GLOBALEN AUFSTANDSBEKÄMPFUNG

Propaganda, Informationskontrolle, ”gewaltsame” Erlangung von Zustimmung

WENN ES IM ZUSAMMENHANG mit dem Anschlag vom 7. Oktober 2023 etwas Entscheidendes gab, dann ist es die Anwendung der grundlegenden Richtlinien der Anti-Terror-Handbücher, wie sie nach dem 11. September 2001 eingeführt wurden*, die Kriege gegen »asymmetrische Bedrohungen« und »innere Feinde« definieren. Zu diesen Leitlinien gehören neben dem Erlass extrem strenger strafrechtlicher Bestimmungen, der Institutionalisierung des Einsatzes von Überwachungsmitteln und der Anwendung repressiver Doktrinen (Polizeieinsätze im militärischen Stil und militärische Interventionen polizeilicher Art) auch die

Intensivierung der Propaganda, die einer psychologischen Operation ähnelt, um ein bestimmtes staatliches Narrativ als einen Diskurs der »Wahrheit« jenseits aller Hinterfragung zu schaffen und zu etablieren.

Diese Praktiken entstehen nicht aus dem Nichts, sondern dienen je nach Situation bestimmten Zielen. Um eine politische Analogie herzustellen, können wir uns an die Propaganda gegen den so genannten »unsichtbaren Feind« erinnern und an alles, was die Staaten unter dem Vorwand des Covid-19 (Quarantäne, Verbote, soziale Kontrolle, Zwangsimpfungen, soziale



Segregation und Ausgrenzung auf der Grundlage der Befolgung oder Nichtbefolgung der Anweisungen der staatlichen Medienexperten) und die Darstellung der EinwanderInnen als Eindringlinge in das griechische Territorium und die Festung Europa im Rahmen eines «hybriden Krieges» (eine Darstellung, die immer wieder auftaucht).

Auf der Grundlage dieser Ereignisse werden die Vernichtungsschläge des israelischen Staates nach dem 7. Oktober als Krieg zwischen Israel und der Hamas und als Antwort des israelischen Staates (das berüchtigte «Recht auf Selbstverteidigung») dargestellt, die, so hart sie auch sein

mag, als legitim gegen «Terroristen» angesehen wird¹⁷.

Die Geschwindigkeit und Wirksamkeit der israelischen Propagandamaschine in der westlichen Welt war beeindruckend. Nur wenige Stunden nach Beginn der Operation «Al Aqsa Flood», der Durchbrechung der Mauer/ Absperrung des Gaza-Gefängnisses an 14 Stellen, der Besetzung des israelischen Militärstützpunkts,

17 Bezeichnenderweise wird die Hamas, die eine Organisation des politischen Islam ist, genauso beschrieben wie ISIS (sic).

*** Siehe Hinweis auf der nächsten Seite**

***HINWEIS ZUM 11. SEPTEMBER 2001**

Im Kontext dieses Zeitraums umfasste die vorherrschende Strategie nach dem 11. September die methodische Verbreitung der neu entwickelten «Anti»-Terror-Propaganda (deren Ursprung auf die 1960er und 1970er Jahre zurückgeht, als eine Reihe von ländlichen und städtischen Guerillabewegungen im Aufwind waren), die rasche Ausbreitung prohibitiver und repressiver Maßnahmen zur «Sicherheit», «öffentlichen Ordnung» und gegen «asymmetrische Bedrohungen» sowie die Vorbereitung groß angelegter militärischer Operationen.

In den USA wurde innerhalb weniger Tage der Patriot Act verabschiedet, ein äußerst strenges «Anti»-Terror-Gesetz, das alle Beschränkungen in Bezug auf Überwachung, Verhöre, Folter, Geheimgefängnisse usw. aufhebt, die BürgerInnen dazu ermutigt, InformantInnen der Polizei zu werden, und das sich gegen MuslimInnen im Besonderen und farbige EinwanderInnen im Allgemeinen richtet.

Zuvor war im Sommer 2001 das internationale Palermo-Abkommen zwischen fast allen UN-Staaten unterzeichnet worden, das darauf abzielte, eine gemeinsame - in ihrer Logik und ihren Richtlinien/Vorschriften - «Anti-Terror»-Gesetzgebung in der ganzen Welt zu fördern. Gleichzeitig wurden an der «Auslandsfront» fieberhaft Kriegsvorbereitungen getroffen (damals treffend als «antiterroristische Kreuzzüge» bezeichnet), unter dem Vorwand des «Kampfes des Guten gegen das Böse», den der US-Präsident George Bush und seine

MitarbeiterInnen berühmt gemacht haben. Das heißt, militärische Operationen in Form von Polizeieinsätzen gegen «gefährliche radikale Bewegungen», «asymmetrische terroristische Bedrohungen» oder die so genannten «Schurkenstaaten».

Gleichzeitig wurden in den westlichen Staaten Terrorkampagnen mit rassistisch-arabophobisch-islamfeindlichem Charakter entfaltet, die in den letzten Jahrzehnten den ideologischen Rahmen für die staatliche Anti-Immigrationspolitik und Fremdenfeindlichkeit bildeten (auf der Grundlage von Huntingtons Theorie des «Kampfes der Kulturen», die Anfang der 1990er Jahre formuliert wurde und mit dem Zusammenbruch des Ostblocks und dem Ende des Kalten Krieges den neuen Kontext der Bedrohungen und Herausforderungen für die USA und den Westen festlegte). Terrorkampagnen, die immer dann wieder aufflammen, wenn es zu militärischen Operationen mit geopolitischen, wirtschaftlichen oder «antiterroristischen» Zielen des westlichen Machtblocks (einschließlich Israels) gegen Regionen und Bevölkerungen von AraberInnen, MuslimInnen usw. kommt.

Heute ist diese rassistische, repressive und kriegerische Propaganda mit der Angst vor «terroristischen» Anschlägen aufgrund des israelischen Massakers im Gazastreifen verbunden. Eine Propaganda, die «unter Kontrolle» bleibt, solange es keine Flüchtlinge aus der palästinensischen Region in den westlichen Ländern gibt und solange es keine relevanten Angriffe durch Araber oder Muslime gibt, die bereits in Europa und den USA leben.

der für die Überwachung und die systematischen bewaffneten Angriffe im Gaza-Streifen zuständig ist, und der Geiselnahme von Militärs und ZivilistInnen wurde von den Medien in aller Welt dasselbe gesendet: eine einheitliche Beschreibung des Angriffs. Ziel war es, die Dynamik des ersten Bildes des Ereignisses, das sich in den Köpfen der Menschen einprägt, und den Eindruck, den es hinterlässt, zu steuern.

Es vergingen nicht einmal ein paar Tage, und die anfänglichen Berichte, in denen von der Enthauptung Dutzender Babys die Rede war, erwiesen sich als falsch, und die entsprechenden Meldungen wurden stillschweigend zurückgezogen, ohne dass es ein offizielles Dementi gab. Auch die Gruppenvergewaltigungen, über die in den ersten Tagen immer wieder berichtet wurde, wurden nicht bestätigt. Es gab keine einschlägige Anzeige¹⁸ und die Berichte stützten sich auf Aussagen anderer Personen, die auf der Rave-Party waren, aber nicht vergewaltigt oder anderweitig sexuell missbraucht worden sind.

18 Bericht: Israelische Polizei nicht in der Lage, Opfer und Zeugen von mutmaßlichen Hamas-Sexualverbrechen zu finden, Middle East Monitor, www.middleeastmonitor.com, 05.01.24

In der Zwischenzeit «enthüllte» eine der führenden israelischen Zeitungen, Yediot Akhronot, was bereits von Anfang an bekannt war, nämlich dass die israelische Armee an diesem Tag allen ihren Kampfeinheiten den Befehl gab, das Gebiet zurückzuerobern und die Rückkehr der palästinensischen Widerstandskämpfer in den Gazastreifen um jeden Preis zu verhindern, selbst wenn das zum Verlust von Geiseln führen sollte¹⁹. Etwa 70 Fahrzeuge, eine beträchtliche Anzahl von Häusern im Kibbuz Be Eria (drei Kilometer von Gaza entfernt, wo israelische ZivilistInnen als Geiseln genommen wurden) und der Ort, an dem eine dreitägige Rave-Party stattfand,

19 Hannibal-Richtlinie oder Protokoll: Verfahren der Israelischen Verteidigungstreitkräfte (IDF) zur Verhinderung der Festnahme israelischer Soldaten durch feindliche Kräfte. Sie wurde 1986 nach mehreren Entführungen von IDF-Soldaten im Libanon und dem anschließenden Gefangenenaustausch eingeführt. Der vollständige Text der Richtlinie wurde nie veröffentlicht, und bis 2003 verbot die israelische Militäzensur sogar jede öffentliche Diskussion über das Thema. Die Direktive wurde mehrmals geändert, aber ihr Kern bleibt bestehen: «Die Entführung muss mit allen Mitteln gestoppt werden, auch um den Preis, dass wir unsere eigenen Leute treffen und verletzen.»

wurden von Luft- und Bodeneinheiten der israelischen Armee (I.D.F) unter Beschuss genommen, was zu einer nicht genannten Zahl von Todesopfern durch



«freundliches» israelisches Feuer führte. Die endgültige Zahl der Opfer wird wahrscheinlich nie bekannt werden, da die israelischen Geheimdienste über die Aufzeichnungen und Daten verfügen und wahrscheinlich gute Gründe haben, sie nicht zu veröffentlichen.

Die israelische Staatspropaganda konzentrierte sich darauf, den Kibbuz²⁰ als zentrales Ziel des

Gazastreifen, 7. Dezember 2023, nackte palästinensische Geiseln der israelischen Armee

Hamas-Angriffs darzustellen, da diese angeblich so viele zivile Opfer wie möglich verursachen wollte. In der Tat versuchte Israel, sie mehr oder weniger als unbewaffnete und friedliche Gemeinschaften darzustellen. Es mag solche Gemeinschaften geben, aber der Kibbuz hat seit Jahrzehnten

20 Die engste Auslegung des hebräischen Wortes Kibbuz ist «Versammlung». Der erste Kibbuz wurde 1910 gegründet und trug den Namen Deganya. Jeder Kibbuz war eine kommunale Struktur, die Landwirtschaft betrieb und deren Wirtschaft genossenschaftlich/kollektivistisch ausgerichtet war. Der politische Hintergrund der Kibbuz basierte ursprünglich auf einer Kombination aus sozialistischen/libertären Positionen und der sozialistischen/arbeiterischen Bewegung des Zionismus.

Die Bevölkerung bestand zumeist aus osteuropäischen JudInnen, die in ihren Herkunftsländern schwere Verfolgung erlitten hatten. Im Kibbuz waren libertäre Ideen eine Zeit lang aktiv. Bereits nach dem zweiten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts waren sie jedoch auch Stützen der zionistischen Ideologie, während sich ihre Mitglieder in den folgenden Jahren an Angriffen gegen die arabische Bevölkerung wie der Verfolgung von 1948 (Nakba) beteiligten.

aufgehört, Experimente des Kommunalismus und Kollektivismus zu sein²¹ und stellt in den meisten Fällen private Unternehmen dar (einschließlich High-Tech- und Militärindustrie), die für die israelische Wirtschaft von zentraler Bedeutung sind. Es handelt sich um militarisierte Strukturen, die mit modernsten Überwachungsgeräten kontrolliert werden und in vielen Fällen strategisch um israelische Militärstützpunkte herum platziert sind. In den meisten Fällen handelt es sich bei ihren BewohnerInnen um bewaffnete Siedler, die in den Genuss erheblicher Steuerbefreiungen kommen und oft aus einer großen Zahl aktiver Soldaten und Offiziere bestehen.

Die Propagandamaschine, die der israelische Staat eingerichtet hat, um Informationen zu kontrollieren und sein eigenes Narrativ («Wort der Wahrheit») zu verbreiten, um das Bewusstsein seiner BürgerInnen zu nationalisieren und seine Praktiken international zu normalisieren, wird «Hasbara» genannt. Die

21 Was ist ein Kibbutz? Wie israelische Gemeinden von der Hamas ins Visier genommen wurden und was in Kfar Aza geschah, inews.co.uk, 11/10/23

treffendste Übersetzung dieses hebräischen Wortes ist «Erklärung» und stellt eine komplette Architektur der Kommunikations- und Propagandapolitik dar, die unmittelbar nach dem Massaker in den palästinensischen Flüchtlingslagern Sabra und Satila im Libanon 1982 eingerichtet wurde, um die dadurch entstandenen negativen Eindrücke zu verändern.

DiplomatInnen, PolitikerInnen, JournalistInnen, internationale Institute, Nichtregierungsorganisationen und Nachrichtendienste standen schon immer im Dienst dieses Mechanismus, als Träger der Ausstrahlung und Verbreitung jener Bilder und Interpretationen der Realität, die Israel zugute kommen, während es viele Fälle von Finanzierung durch Stipendien und Sponsoring gibt²².

Seit Mitte der 2000er Jahre ist der

22 Mehr über «Hasbara»: «Die Kunst der Täuschung: Wie Israel «Hasbara» benutzt, um seine Verbrechen zu beschönigen», TRT World, www.trtworld.com, Januar 2024 / «Hasbara verstehen: Israels Propagandamaschine», www.newarab.com, 18.11.23 / «Hasbara Industry: Israels Propagandamaschine dekonstruieren», www.palestinechronicle.com, 08.06.23

Kommunikationskrieg seitens des israelischen Staates eskaliert, und «Hasbara 2.0» umfasst die breite Nutzung sozialer Medien und digitaler Plattformen. Die Ausnutzung der Funktionsweise von Suchmaschinen, digitalen Algorithmen und gefälschten Profilen dient den zunehmenden Bedürfnissen und Bestrebungen von Propagandataktiken in einem Hightech-Kommunikationsmuster, das sich gleichzeitig mit der berühmten israelischen Hightech-Armee bewegt.

Ein Grundpfeiler der jahrzehntelangen Rhetorik des israelischen Staates ist seine (Selbst-)Darstellung als ein Staat in ständiger Verteidigungsposition gegen die Aggression und Bedrohung durch die ihn umgebenden arabischen Staaten, palästinensischen Organisationen und die palästinensische Bevölkerung, die ihn zusammen mit der jüdischen Bevölkerung der Region auslöschen wollen. Auf dieser Grundlage wird denjenigen, die den Zionismus, den israelischen Staat und seine Praktiken kritisieren, automatisch der Vorwurf des Antisemitismus gemacht. Ein klarer Versuch, die Kritik und die



Hebron, Westjordanland, Dezember 2017

Realität selbst auf der Grundlage der Gräueltaten, die die JudInnen im Laufe der Jahrhunderte erlitten haben und die im Holocaust gipfelten, umzukehren.

Um auf den 7. Oktober zurückzukommen: Es ist kein Zufall, dass der israelische Staat diesen Tag als seinen eigenen 11. September bezeichnete, eine Militärregierung der nationalen Einheit einsetzte und im Sinne der kollektiven



Verantwortung die schärfste und blutigste Militäroffensive in den 75 Jahren seiner Besatzung startete, um die PalästinenserInnen zu vernichten und zu vertreiben. Von Anfang an bestand das Hauptziel darin, die gesamte palästinensische Bevölkerung aus dem Gazastreifen nach Ägypten zu vertreiben und so viele Hamas-Funktionäre und -Mitglieder wie möglich hinzurichten.

Der Vorschlag Israels, die 2,3 Millionen PalästinenserInnen des Gazastreifens in ein Flüchtlingslager auf dem Berg Sinai umzusiedeln,



Widerstandskämpfer, selbst verwundet und in Gefangenschaft, Gaza-Stadt, Dezember 2023

wurde jedoch weder vom ägyptischen Staat noch von den Vereinigten Staaten akzeptiert, und zwar nicht aus humanitären oder solidarischen Gründen, sondern aus politischen, diplomatischen und geostrategischen Gründen. Seitdem hat Israel eher «minimalistische» Ziele formuliert: die Ausschaltung der Hamas, die Zerstörung der Infrastruktur des Widerstands (Entmilitarisierung), die Rückgabe der israelischen Geiseln, die «Entradikalisierung» der palästinensischen Gesellschaft

(offensichtlich durch den Versuch, durch die Erfahrung und Erinnerung an den Massentod und die Unfähigkeit zu reagieren, kollektiv Angst einzuflößen, um den Willen und die Kraft zum Widerstand zu unterdrücken), um sicherzustellen, dass der Gazastreifen keine Bedrohung mehr für Israel darstellt (mit einer noch stärkeren militärischen Kontrolle in einer breiten «toten Zone» innerhalb des bestehenden Zauns/Mauer, die die PalästinenserInnen weiter auf den südwestlichen Teil dieses schmalen Landstreifens beschränkt, wo seine 2.3 Millionen EinwohnerInnen

bereits auf ein Gebiet von 40 km Länge und 10 km Breite gedrängt wurden). Das Hauptziel bleibt jedoch das ursprüngliche, nämlich sowohl den Gazastreifen als auch die unter palästinensischer Kontrolle verbliebenen Gebiete des Westjordanlandes zu integrieren, um die historische Region Palästina (vom Fluss bis zum Meer) unter ihrer eigenen Besatzung und Kontrolle zu vereinen. Daher setzt Israel im Gazastreifen neben militärischen Mitteln auch den Entzug von Nahrungsmitteln (Hungersnot) und medizinischer Versorgung als Waffe ein.

DIE GEGENSÄTZLICHEN POLE UND DIE HALTUNG DES GRIECHISCHEN STAATES

AN DIESEM NEUEN und äußerst blutigen Ereignis in der Geschichte (einem der größten Massaker und Völkermorde der Nachkriegszeit) sind zahlreiche Staaten beteiligt, die je nach ihren Interessen direkt oder indirekt involviert sind. Auf der Seite Israels stehen die Staaten des westlichen Machtblocks, angeführt von den USA und Großbritannien, die politisch und militärisch in Israel als den Verbündeten für Stabilität und Demokratie in der Region investieren, der den westlichen Interessen im Nahen Osten dient (seine kritische geopolitische Lage zwischen Europa, Asien und Afrika), reich an Ölfeldern ist, ein «Schlag in die Magengrube» der arabischen Welt.

Auf der Seite der Hamas stehen der Iran, die Hisbollah im Libanon, die schiitischen Kräfte im Irak und in Syrien, die Houthis im Jemen, der türkische Staat als Unterstützer sowie Russland und China als neutrale, aber im Untergrund agierende Unterstützer. Es handelt sich um einen politisch-militärischen Pol mit einem religiösen Unterton (obwohl die Hamas dem sunnitischen Islam angehört, während die anderen Teile dem schiitischen Islam angehören), wobei der iranische Staat mit seinen Ambitionen und seiner Rolle als regionaler Hegemon seine Stütze ist.

Der exzessive Schusswechsel mit Raketen und Drohnen in der gesamten Region sowie der Rückgang der Zahl der Handelsschiffe, die

das Rote Meer und den Suezkanal passieren, aufgrund von Angriffen der Houthi im Golf von Aden auf Schiffe, die sowohl von israelischem Interesse sind als auch israelische Häfen anlaufen, deuten darauf hin, dass die militärischen Aktivitäten zu einer peripheren Kriegsführung eskalieren können.

Die geopolitischen Entwicklungen sind nach der Zerstörung Syriens und dem anhaltenden Krieg zwischen Russland und der Ukraine/NATO von großem Ausmaß. In der Situation einer tiefen kapitalistischen Krise, des Zusammenbruchs der Globalisierung und der Eskalation der Machtgegensätze ist der Krieg allgegenwärtig und die Unterscheidung zwischen Krieg und Frieden ist undeutlich.

Was den griechischen Staat betrifft, so hat er sich vom ersten Moment an auf die Seite des israelischen Staates geschlagen, indem er die Hamas-Angriffe vom 7. Oktober verurteilte und «das Recht des israelischen Staates auf Selbstverteidigung» befürwortete und damit den Grundstein für seine aktive politische und militärische Beteiligung an der Vernichtungsaktion in Gaza sowie an den Angriffen im Westjordanland

legte. Das zentrale Ziel ist es, seinen Platz in der Neuverteilung der internationalen Machtverhältnisse zu etablieren und zu festigen.

Genauso hat sich der griechische Staat auch im Fall des Krieges in der Ukraine verhalten. Der griechische Staat versorgte die ukrainische Seite mit Waffensystemen. Er verwandelte den Militärstützpunkt Alexandroupoli in einen NATO-Knotenpunkt für Brennstoffe und Waffensysteme, und der Premierminister erklärte schockiert: «Wir befinden uns im Krieg mit Russland! Indem der griechische Staat wieder einmal der beste und bereitwilligste Jünger des NATO-Bündnisses ist, freut er sich darauf, die Rolle des fortschrittlichen Grenzwächters des südöstlichen Mittelmeers und Europas zu spielen.

Es ist kein Zufall, dass der griechische Staat (unabhängig von der Regierung) seit mehr als zehn Jahren kontinuierlich in das griechisch-israelische Bündnis im Rahmen des umfassenderen Bündnisses Griechenland-Zypern-Israel-Ägypten investiert und dieses gestärkt hat. Es war einer der ersten Staaten, der auf den Aufruf der NATO zur Unterstützung Israels reagierte, indem er zwei



Treffen zwischen dem derzeitigen und dem ehemaligen griechischen Premierminister und dem israelischen Premierminister Netanjahu im Rahmen der Stärkung des griechisch-israelischen Bündnisses

Kampfschiffe im südöstlichen Mittelmeer zur Verfügung stellte und die beiden Militärstützpunkte Souda und Elefsina der NATO als Operationsbasis überließ. Griechenland ist auch dem Aufruf der USA zur «Operation Prosperity Guardian» gefolgt, um eine internationale Marineformation zu bilden, die sich den Houthis entgegenstellt, um «die internationale Schifffahrt und den ungehinderten Verkehr von Handelsschiffen durch das Rote Meer zu schützen». Gleichzeitig beteiligt sich der griechische Staat mit dem Schlachtschiff «Ydra» an der europäischen Mission

«Aspides» im Roten Meer, leitet die Kommandozentrale und koordiniert die europäische Operation vom Hauptquartier der Europäischen Union (EU-OHQ) in Larissa aus. Gleichzeitig wird versucht, die öffentliche Meinung mit heuchlerischen Forderungen nach humanitärer Hilfe für die Zivilbevölkerung des Gazastreifens und Aufrufe an Israel die Vergeltungsmaßnahmen unter «Beachtung der internationalen Menschenrechte» durchzuführen, zu beeinflussen.

AUTORITÄTEN INNERHALB DER PALÄSTINENSISCHEN GESELLSCHAFT UND DIE ANTIKOLONIALE GRUNDLAGE DES KAMPFES

SELBST IN DEN UNTIEFEN des Kapitalismus gibt es Klassenteilung, Formen politischer Macht und Hierarchie. Es gibt nichts (Territorium, Bevölkerung, Natur) außerhalb der Ketten kapitalistischer Ausbeutung und staatlicher Regulierung und Herrschaft. Der Kapitalismus und die Staaten haben den gesamten Planeten kolonisiert, ebenso wie jeden Moment des täglichen Lebens. Alles ist systemisch eingebettet, nicht nur durch die unterschiedlichen Grade der qualitativen und quantitativen Inkorporation, sondern auch durch den Ausnahmecharakter in Folge ihres Ausschlusses. Darüber

hinaus ist der Ausnahmezustand eine Form der Inklusion mit dem Charakter der Abwertung und des Ausschlusses, die Schwelle zwischen dem Innen und dem Außen, die ihre Grenzen fluide macht.

Die palästinensische Gesellschaft ist davon natürlich nicht ausgenommen. Es gibt Klassenschichtung, Geschlechtertrennung und Patriarchat, die Macht von Tradition und Religion, mächtige hierarchische politische Organisationen/Parteien (säkular oder religiös), Institutionen für politische Entscheidungsfindung,



Ramallah, Westjordanland, Juni 2021

Diplomatie, Wirtschaftsmanagement und polizeiliche Überwachung/ Repression, wie die Palästinensische Autonomiebehörde und die entsprechende institutionelle Matrix, die von der Hamas im Gazastreifen entwickelt wurde.

Rund fünf Millionen PalästinenserInnen sind in den umliegenden arabischen Ländern (Jordanien, Syrien, Libanon, Syrien und Saudi-Arabien) als Folge der israelischen Verfolgung und Kolonisierung vertrieben worden. Die meisten von ihnen leben seit

Jahrzehnten in Flüchtlingslagern, unter miserablen Bedingungen und in einem Ausnahmezustand (keine Bewegungsfreiheit, Leben am Rande des Elends, Fehlen selbst grundlegender Rechte).

Die PalästinenserInnen im Westjordanland leben unter der Beschlagnahmung ihrer Olivenbäume (eines der historischsten Symbole ihres Kampfes, während unter der Besatzung Behörden und Siedler seit 1967 über 800.000 Olivenbäume entwurzelt haben) und anderer landwirtschaftlicher Kulturen auf den

fruchtbaren Böden des Jordantals (von denen viele zusammen mit wichtigen Wasserressourcen von SiedlerInnen in Besitz genommen wurden). Sie waren auch jahrzehntelang die wichtigsten - meist ungelernten - Arbeitskräfte israelischer Unternehmen, entweder in israelischen Städten (Tel Aviv, Haifa usw.) oder in den Siedlungen im Westjordanland (Jerusalem, Bethlehem, Hebron usw.), wobei Kolonialismus und Rassismus - wie immer - die Arbeitskräfte abwerten und ihre Löhne senken.

Während der zweiten Intifada (2000-2005) ging der Beginn des Baus der 750 km langen Trennmauer zum israelischen Staat im Jahr 2003 mit dem Abbau palästinensischer Arbeitskräfte in israelischen Unternehmen einher. Ihnen war es nun weitgehend untersagt, sich auf die andere Seite der Mauer zu bewegen, und sie wurden durch Wanderarbeiter (mit ähnlichen oder sogar schlechteren Arbeitsbedingungen und Löhnen) ersetzt, die durch transnationale Abkommen aus verschiedenen Regionen, vor allem aus Asien, «importiert» wurden. Laut dem jüngsten Bericht der UN-Konferenz

für Handel und Entwicklung (UNCTAD), der am 26. Oktober 2023 veröffentlicht wurde, *liegt die Arbeitslosigkeit im besetzten Westjordanland bei über 13 % und 40 % der palästinensischen Bevölkerung sind von Armut betroffen, wobei 22,5 % der ArbeitnehmerInnen in israelischen Städten oder Siedlungen arbeiten, wo die Löhne höher sind.*

Die BewohnerInnen des Gazastreifens haben einen immer schwierigeren Zugang zu Ressourcen. Da es sich um ein ehemaliges Flüchtlingslager handelt, gibt es im Gazastreifen nicht viele Arbeitsplätze oder Unternehmen. Die meisten BewohnerInnen sind arbeitslos oder vorübergehend beschäftigt und werden von Sozialleistungen und Lebensmittelhilfelinien unterstützt. Nur BewohnerInnen aus Stadtvierteln wie Beit Hanoun oder Jabaliya im nördlichen Teil des Streifens durften mit Sondergenehmigungen die Mauer überqueren, um in israelischen Städten und Unternehmen im nördlichen Gazastreifen zu arbeiten. Schon vor dem Beginn der israelischen Militäroperationen nach dem 7. Oktober lebte mehr

als die Hälfte der Bevölkerung des Gazastreifens unterhalb der Armutsgrenze.

Der grundlegende Mechanismus für die Schaffung einer herrschenden Klasse in Palästina in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht war die Einrichtung der Palästinensischen Autonomiebehörde, ein institutionelles Modell eines Staatsapparats, das nach den Osloer Abkommen 1993 geschaffen wurde und neben anderen Aufgaben (Verhandlungen mit dem israelischen Staat und dem internationalen Faktor, Schaffung von Sicherheitskräften und Haftanstalten zur Bewältigung des sozialen Ungehorsams) auch die Verwaltung großer Mengen an internationalen Finanzmitteln (hauptsächlich westlichen Ursprungs) zur Stärkung der Palästinensischen Autonomiebehörde selbst übernahm.

Die persönliche Bereicherung von Mitgliedern der Fatah²³ hat durch die Veruntreuung von Finanzmitteln aus diesen Fonds zu

23 Sozialistische Organisation, das Hauptorgan der PLO, die jahrzehntelang von Jassir Arafat bis zu seinem Tod im Jahr 2004 geführt wurde und die Palästinensische Autonomiebehörde seit ihrer Gründung kontrolliert.

einem erheblichen Rückgang ihrer Popularität geführt, verbunden mit der Nachgiebigkeit gegenüber dem israelischen Staat, und der Aufgabe jeglichen Widerstands. Die Hamas im Gazastreifen verwaltet seit Jahren ähnliche Gelder aus Finanzhilfen der umliegenden arabischen Staaten, die neben jeglicher sozialer Hilfe auch zur Stärkung ihrer Position als bewaffnete Partei dienen.

Die Hauptbereiche, aus denen die wohlhabenden Schichten der palästinensischen Gesellschaft stammen, sind das Aufsichtspersonal der Parteiorganisationen, die Beamten der Institutionen, ein ausgedehntes Netz von Nichtregierungsorganisationen²⁴

24 «Wenn es um die Finanzierung geht, reden alle über Nachhaltigkeit und Demokratie, und sie kommen hierher und geben Workshops für die 'Eingeborenen' [...] Die Geldgeber beschäftigen sich nicht mit der Besatzung. Sie sprechen zum Beispiel über das Wasserproblem, aber sie arbeiten um die Besatzung herum und wollen nicht über das Kernproblem sprechen, das darin besteht, dass Israel unser Wasser stiehlt [...] Es ist ein System der Kontrolle. Und wir verlieren die Essenz dessen, wofür diese Organisationen arbeiten sollten. Es hat eine Blase von sehr reichen NGO-Mitarbeitern geschaffen, sowohl ausländische als auch palästinensische. Eine Klasse von reichen Leuten in Ramallah, die

(die mit politischem Personal und internationalen Hilfsfonds verbunden sind), Vertragsunternehmen, die Teile israelischer und multinationaler Unternehmen auf der Ebene von Projekten, Produktion und Bauwesen untervergeben, und natürlich die allgegenwärtige parasitäre Kaste der Händler.

Die politische Autorität konstituiert sich als Modell für einen Staat und bezieht sich auf Institutionen der politischen Entscheidungsfindung, der Diplomatie, der wirtschaftlichen Verwaltung und der polizeilichen Überwachung und Unterdrückung, entweder in ihrer formell anerkannten Version wie die Palästinensische Autonomiebehörde - die seit 2007 nur noch im Westjordanland Autorität besitzt - oder in ihrer informellen Form wie der entsprechende institutionelle Apparat, den die Hamas ohne internationale Anerkennung im Gazastreifen eingerichtet hat. Es ist kein Zufall, dass es vor allem im Westjordanland, aber auch im

vorgeben, Hilfe zu leisten.» Lina Nabulsi, Bethlehem, Westjordanland - INTERVIEWS WITH PALESTINIAN RADICAL WOMEN, herausgegeben von Shoal Collective, veröffentlicht von Active Distribution, September 2021.

Gazastreifen zu regierungsfeindlichen Demonstrationen, Streiks und sogar Straßenkämpfen gekommen ist, und zwar zu Fragen der Lebensbedingungen, oder im Zusammenhang mit Großereignissen wie den Aufständen des sogenannten «Arabischen Frühlings» im Jahr 2011, denen die zuständigen Behörden mit Repression begegnet sind²⁵.

25 Sie [die USA] haben Salam Fayyad an die Macht gebracht, dieses Weltbank-Arschloch*, und sein Mandat bestand im Wesentlichen darin, die «Korruption» zu beenden und Institutionen zu schaffen (er war von 2007 bis 2013 Premierminister der Palästinensischen Behörde. Zuvor hatte er für den IWF und die Weltbank gearbeitet). Dann stellten wir fest, dass immer mehr Mittel aus dem Staatshaushalt für die «Sicherheit» verwendet wurden. Mir wurde klar, dass die Polizei für den Kampf gegen ihre eigene Bevölkerung ausgebildet wurde. Soldaten wurden in der Zerschlagung von Protesten ausgebildet. Unsere Sicherheitskräfte wurden von Amerikanern und Europäern ausgebildet [...]

Während der Proteste 2011 haben sowohl die Hamas in Gaza als auch die Fatah hier im Westjordanland alles getan, um unsere Bewegung zu zerstören. Hier in Ramallah wurden die Proteste von der PA niedergeschlagen. Sie nahmen uns ins Visier und verfolgten uns einzeln und isolierten uns voneinander. Es gab eine Koordination zwischen den palästinensischen und israelischen Sicherheitskräften, um Aktivisten zu erwischen [...]

Als ich verhaftet und von der PA in

Lina Nabulsy ist sehr aufschlussreich in Bezug auf die Geschlechtertrennung, die Stellung der Frau in der palästinensischen Gesellschaft, den Konservatismus und den Einfluss der Religiosität:

«Ich bin unter der Besatzung aufgewachsen [...] Während der zweiten Intifada, die im Jahr 2000 begann, begann ich die Situation besser zu verstehen. [...]»

«Damals gab es mehr Raum für Frauen als heute. Die Gesellschaft ist seither viel konservativer geworden. Bei so viel Blutvergießen und Tod ist die Religion das



Kämpferinnen des palästinensischen Widerstands in den 1960er Jahren

einzigste, woran sich die Menschen festhalten können [...].»

«Aber weil die Frauen Teil des Kampfes gegen die israelische Besatzung sind, wurde uns mehr Freiheit gewährt als in anderen Ländern. Deshalb geht es den Frauen hier besser als in anderen arabischen Ländern».

Gewahrsam genommen wurde, sah ich, wie Menschen bluteten und gefoltert wurden. Man wird zuerst in den palästinensischen Gefängnissen gefoltert, und dann werden die erzwungenen Geständnisse von den Israelis verwendet. Oft wird man aus den palästinensischen Gefängnissen entlassen und kurz darauf von den Israelis verhaftet. Es gibt eine Koordinierung zwischen ihnen durch das DCO (District Coordinating Office - eine Einrichtung, die im Rahmen der Osloer Abkommen geschaffen wurde)». Lina Nabulsy, Bethlehem, Westjordanland - INTERVIEWS WITH PALESTINIAN RADICAL WOMEN, herausgegeben von Shoal Collective, veröffentlicht von Active Distribution, September 2021

All dies entwickelt sich jedoch nicht in einem Paralleluniversum zum israelischen Kolonialregime der Apartheid, der Vertreibung, der Vernichtung, der Inhaftierung, der Unterdrückung, sondern es manifestiert und konstituiert sich im Kontext der Besatzungsrealität und ist mit ihr verwoben. Etwas, das auch von den radikalen Subjekten der sozialen Basisbewegungen aufgeworfen wird, die dort leben und



Die Militäroperationen des israelischen Staates seit dem 7. Oktober haben fast die gesamte Bevölkerung des Gazastreifens in seinem südlichsten Punkt, Rafah, vertrieben

aus einer sozial-emanzipatorischen Perspektive (weit entfernt von ethnozentrischen Logiken und nationalen Befreiungsfixierungen) gleichermaßen gegen die israelische Besatzung, Kapitalismus, Patriarchat, Rassismus, staatliche Kontrolle und Totalitarismus kämpfen.

Dazu kommt die Besonderheit, dass es sich um ein Regime des «Siedlerkolonialismus» handelt: Die besetzende, rassistische, ausbeuterische Macht ist kein Staat, der anderswo in der Welt ansässig ist, der sich aus der Ferne militärisch und administrativ

aufgedrängt und die Ressourcen und das menschliche Potenzial der einheimischen Bevölkerung ausgebeutet hat. Der israelische Staat beansprucht dasselbe Gebiet für sich und seine SiedlerInnen, wobei er die Methode der ständigen Vergrößerung der Siedlerpopulation und der schrittweisen Verdrängung der früheren BewohnerInnen des Gebiets anwendet.

«Als ich die Grenze von Rafah überquerte, kam es mir nie in den Sinn, dass ich nicht zurückkehren würde. Niemals. Aber dann hat uns die Belagerung sogar verboten, in unsere Flüchtlingslager zurückzukehren.»

Ich bin ein Flüchtling; ich wurde als Flüchtling geboren, und dann finde ich mich in einer völlig anderen Umgebung und aus der Ferne wieder und muss mit ansehen, wie meine Familie, meine Lieben, FreundInnen und alle, die mir wichtig sind, durch Belagerung, militärische Besatzung und Apartheid überleben und den täglichen Formen der Gewalt unterworfen sind [...] Vor allem im Gazastreifen, den Israel wie ein Laboratorium benutzt, in dem es neue Wege der Kontrolle entwickeln kann, indem es Mechanismen anwendet, die wahrscheinlich in keinem anderen Kontext in der Geschichte der Menschheit jemals eingesetzt wurden - es ist einfach unglaublich, wie normal diese extremen Ungerechtigkeiten sind.»²⁶

«Wir haben es mit einem Besatzer-, Kolonial-, Rassisten- und Apartheidregime zu tun.»²⁷

26 Shahd Abusalama, Gaza, lebt im Vereinigten Königreich - INTERVIEWS WITH PALESTINIAN RADICAL WOMEN, herausgegeben von Shoal Collective, veröffentlicht von Active Distribution, September 2021

27 Mona Al-Farra, Gaza - INTERVIEWS WITH PALESTINIAN RADICAL WOMEN, herausgegeben von Shoal Collective, veröffentlicht von Active Distribution, September 2021

GEGEN DIE "LOGIK" DER AUFRECHNUNGEN UND DER GLEICHEN ABSTÄNDE

Es gibt kein Palästina und Israel²⁸. Es gibt die historische Region Palästina und den besetzenden Apartheidstaat Israel. Die gleichzeitige und gegensätzliche Erwähnung von Palästina und Israel erkennt indirekt, aber offensichtlich, den Staat Israel, seine Verfolgungen, Siedlungen, Mauern, Demütigungen, Folterungen, Inhaftierungen, Morde an und normalisiert sie. Widerstandsgruppen, säkulare oder religiöse, abgesehen von der berechtigten Kritik an ihnen aus antiautoritärer Sicht und der Distanz, die wir als AnarchistInnen zwangsläufig zu ihnen einnehmen

(wegen ihrer hierarchischen Struktur, ihres autoritären Charakters und ihrer Bestrebungen, ihrer politischen Taktik und ihres Kalküls), sind Guerillagruppen gegen einen Besatzungsstaat. Es gibt keine Armeen und keine Grenzen zweier gegnerischer Staaten. Es gibt einfach eine Besatzung. Der israelische Staat hat seine Grenzen absichtlich nie konkret festgelegt, da er offensichtlich das gesamte historische Territorium Palästinas besetzen will, was seit mehreren Jahrzehnten sein politisches Ziel ist.

Im Gazastreifen und im Westjordanland herrscht kein

28 «Apartheid und die Politik der Besatzung sind die Grundlage des Staates Israel [...] Die Besatzung hört nicht am Checkpoint auf. Sie ist überall um uns herum, und deshalb gibt es kein «hier» und «dort». Israel ist die Besatzung.» Yossi Bartal, *Anarchists Against the Wall - Direct Action and Solidarity with the Palestinian Popular Struggle*, 2013.

Krieg, sondern eine militärische Vergeltungsaktion des israelischen Staates als Reaktion auf eine als «terroristisch» eingestufte Widerstandshandlung. Nach der Aktion der Hamas und der Zuweisung der kollektiven Verantwortung an das palästinensische Volk hat der israelische Staat innerhalb weniger Monate ein Massaker an Zehntausenden von Menschen verübt, von denen die meisten unbewaffnet waren, darunter auch viele Kinder. Dies stellt einen der schlimmsten Völkermorde seit dem Zweiten Weltkrieg dar, eine größere Katastrophe an menschlichen Verlusten als die Nakba im Jahr 1948.

Die Betrachtung dieser Situation durch eine enge und sterile Klassenanalyse und/oder durch Versuche der Machtdiagnose auf beiden Seiten als Hauptfeind der Unterdrückten auf beiden Seiten der Grenzen (die es in Wirklichkeit nicht gibt), rührt von der Unfähigkeit her, zu verstehen, dass Machtasymmetrien innerhalb der palästinensischen Gesellschaft aus der Dialektik, den Grenzen, den Widersprüchen und den

Verzerrungen des antikolonialen Kampfes selbst entstehen. Es handelt sich um ideologische Ansätze, die auf falsche Weise versuchen (wie jede Ideologie), die Realität in ein geschlossenes System von Ideen und Instrumenten einzupassen. Es ist kein Zufall, dass in diesen Ansätzen und Methoden falsche Parallelen zur ukrainischen Front auftreten (wo ein Krieg zwischen Staaten und Staatenkoalitionen stattfindet), die zu keiner Solidaritätsbekundung mit der palästinensischen Bevölkerung führen, und sich nicht gegen ihre Vernichtung und Vertreibung wenden.

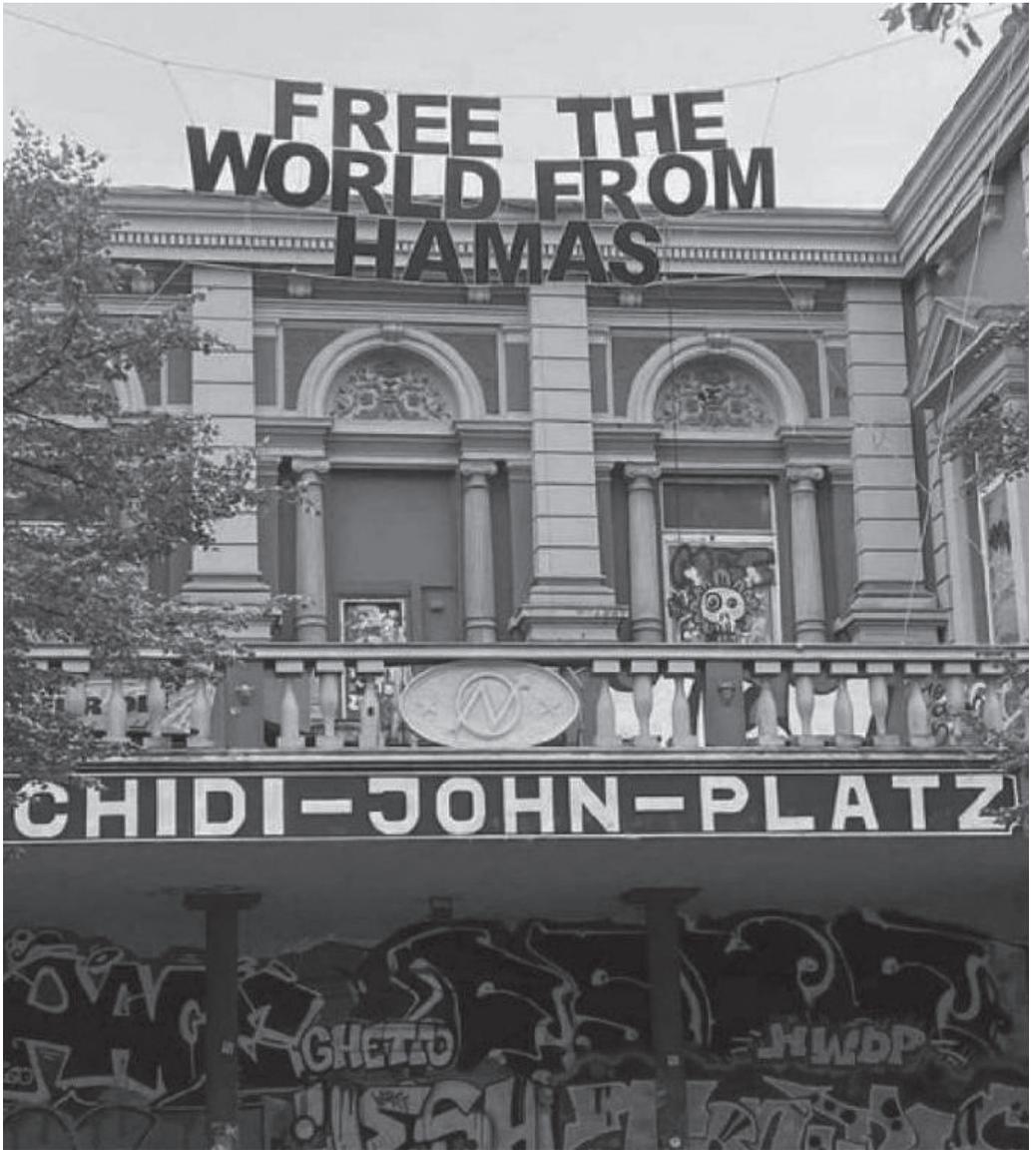
Die koloniale Realität eines besetzenden Apartheidstaates ist die Grundlage, auf der sich sowohl die radikalsten Merkmale als auch traditionelle oder modernere Formen der Macht entwickeln (politische Macht, Manipulation und Unterdrückung, Klassenspaltung, Armut und Reichtumskonzentration, religiöse Macht, Konservatismus, Geschlechtertrennung und Unterdrückung). Sie ist die Grundlage, auf der sich sowohl die sozialen Befreiungsaspekte des Kampfes gegen alle Arten

von Unterdrückung und Ausbeutung als auch die nationale Befreiungsorientierung und -fixierung (ob religiös oder säkular) entwickeln.

Ebenso ist der 7. Oktober nicht der Ausgangspunkt eines militärischen Konflikts zwischen der Hamas und dem israelischen Staat, sondern ein Punkt der Kontinuität und doch ein Schnittpunkt in einer 75-jährigen Kolonialgeschichte. Er ist ein Akt des Widerstands gegen die Besatzungsmacht und ihre mörderische militärische Aggression im Gazastreifen in all den Jahren seit ihrem Abzug aus Gaza im Jahr 2005.

Aus diesem Grund können wir Teilen der Bewegung nicht folgen, die es für nötig hielten, den Anschlag vom 7. Oktober zu verurteilen und ihn hinsichtlich seiner Merkmale mit den Operationen des israelischen Staates zu vergleichen, bevor sie überhaupt erst irgendetwas anderes sagten. Wahrscheinlich wegen der Macht des israelischen Propagandaapparats (Hasbara), seiner Kontrolle und Manipulation von Informationen, der innerhalb weniger Stunden eine «Debatte» in den sozialen Medien auf der Grundlage seiner Dilemmata organisierte. Einige dieser Seiten

widmeten sich sogar ausschließlich der Verurteilung der Aktion und der Hamas, indem sie andeuteten, dass ihr Verschwinden die Welt zu einem besseren Ort machen würde, und sich damit der Rhetorik und Politik ihrer Staaten anschlossen. So wie der Slogan «SAVE THE WORLD FROM HAMAS» vor dem besetzten Haus der Roten Flora in Hamburg.



Rote Flora besetztes Haus, Hamburg

KRITIK AM ANSATZ UND DER IDEOLOGIE DER NATIONALEN BEFREIUNG UND DES ANTIIMPERIALISMUS

«DAS PALÄSTINENSISCHE DILEMMA *der letzten hundert Jahre ist das Ergebnis des Nationalismus, der den viel umfassenden antikolonialen Kampf, in den Schatten gestellt hat. Historisch gesehen ging es in diesem Kampf nie um palästinensischen Nationalismus. Ich denke, der palästinensische Nationalismus war eine Reaktion auf die zionistische Einwanderung und auf das jüdische Nationalprojekt. Der palästinensische nationalistische Diskurs begann als strategischer Diskurs, um dem entgegenzuwirken.*²⁹

Genauso wenig wie wir einer Logik der Aufrechnungen und der gleichen Abstände folgen können, die an der

29 Lama Suleiman, Haifa - INTERVIEWS WITH PALESTINIAN RADICAL WOMEN, herausgegeben von Shoal Collective, veröffentlicht von Active Distribution, September 2021

Realität der Besatzung vorbeigeht und von der Manipulation von Informationen und den Dilemmata der Hasbara beeinflusst wird, distanzieren wir uns vom Ansatz der nationalen Befreiung/des Antiimperialismus und der Logik der Identifikation mit den bewaffneten palästinensischen Organisationen, wie dem Slogan «Sieg den Waffen des palästinensischen Widerstands». Dieser Ansatz homogenisiert einerseits unterschiedliche Teile des bewaffneten Widerstands (auch wenn sie in den letzten Monaten gemeinsame Erklärungen abgegeben haben) und nimmt andererseits Positionen, Ideologien und Ziele an, die weit von der sozialen/klassen-Befreiungsvision entfernt sind.

Die Analyse der nationalen

Befreiung und des Ant imperialismus ist eine spezifische Form der marxistisch-leninistischen Etappentheorie, die an die nationalen Befreiungsbewegungen angepasst wurde, die sich vor allem nach dem Zweiten Weltkrieg manifestiert haben. Die so genannte «Etappentheorie» sieht überall Etappen und ist letztlich ein Ansatz, der die Frage der gesellschaftlichen Transformation auf unbestimmte Zeit in eine unbestimmte Zukunft verschiebt. So müssen beispielsweise Länder, die wirtschaftlich und politisch unterentwickelt erscheinen, zunächst kapitalistische Strukturen im wirtschaftlichen Bereich und die bürgerliche Demokratie auf der Verfassungsebene entwickeln, bevor die Bemühungen um eine soziale Revolution beginnen können. Diejenigen, die unter kolonialer Herrschaft stehen, müssen zunächst das fremde Joch abschütteln und einen unabhängigen nationalen bürgerlichen Staat errichten (durch das Bündnis und die nationale Einheitsfront der Volksschichten mit den bürgerlichen Schichten), bevor sich der Klassenkampf in Richtung Sozialismus entfalten kann. Wenn schließlich die sozialistische Umgestaltung in

irgendeiner Weise eingeleitet ist, muss die Partei, die den Anspruch erhebt, die Arbeiterklasse zu vertreten, durch die Schaffung eines Arbeiterstaates unter ihrer eigenen Führung die Macht ergreifen. Für die endgültige Zerschlagung der Bourgeoisie/Macht und der reaktionären konterrevolutionären Kräfte (darunter die anarchistischen revolutionären Teile, die von diesen Mechanismen systematisch ins Visier genommen wurden), bis zum Absterben des sozialistischen Staates und dem Übergang zu einer kommunistischen klassenlosen Gesellschaft (!!!). Eine Theorie³⁰, die sich zwar historisch weder zum Teil noch als Ganze bestätigt hat, aber immer wieder aufgegriffen wird.

Aber nicht jeder antikoloniale Kampf ist notwendigerweise ein Kampf der nationalen Befreiung, und das ist auch nicht sein einziger Aspekt.

30 Auf der Grundlage dieser Position und Strategie waren im Rahmen der antifaschistischen Strategie Stalins während des Zweiten Weltkriegs die «antifaschistischen Volksfronten» der ZKs in den europäischen Ländern in Partnerschaft mit liberalen bürgerlichen und fortschrittlichen Sozialisten und Reformisten zur Eindämmung der Nazis und zur Verteidigung des sowjetischen Vaterlandes entstanden.

Und sicherlich sind innerhalb der palästinensischen Gemeinschaften verschiedene Versionen und Ansätze des Anti-Besatzungskampfes und seiner Beziehung zu anderen Formen der Unterdrückung und Ausbeutung aktiv manifestiert und artikuliert worden. Letztendlich ist der marxistisch-leninistische nationale Befreiungs- bzw. antiimperialistische Ansatz für diese Kämpfe nicht notwendigerweise die Interpretation dessen, was passiert ist, sondern vielmehr die Strategie, an der die spezifischen Parteiorganisationen gearbeitet haben, indem sie die verschiedenen Versionen, Bemühungen und Perspektiven, die in vielen Fällen zum Ausdruck kamen, eingekapselt, marginalisiert und unterdrückt haben.

Es ist kein Zufall, dass dieser Ansatz verschiedene antiimperialistische Organisationen und Gruppen dazu veranlasst hat, ihre Unterstützung für staatliche Kräfte und Koalitionen (wie das iranische Bündnis mit der Hisbollah, die schiitischen Milizen im Irak und in Syrien, die Houthis usw.) mit dem Argument zu erklären, dass sie sich gegen die imperiale «Achse des Bösen» der USA und der NATO richten, obwohl diese

Staaten und Mächtekoalitionen ihren eigenen souveränen Interessen und Bestrebungen dienen³¹.

31 «In diesem Zusammenhang gibt es keinen wesentlichen Unterschied zwischen dem weichen/defensiven Patriotismus und dem aggressiven/kriegerischen Nationalismus, wie er dargestellt wird, außer auf der Ebene der Rhetorik. Denn die verschiedenen Ansätze (liberal, faschistisch, sozialistisch, links) beruhen alle auf der Akzeptanz des Kerns der nationalen Staatslogik und stellen unterschiedliche Versionen und Variationen davon dar. Und diese Erkenntnis ist in der gegenwärtigen Periode von besonderer Bedeutung, in der die Eskalation der innerstaatlichen Antagonismen, die Unterbrechung der Globalisierungsprozesse und die Faltung/Rekonvergenz um den Nationalstaat herum den Nationalismus in Europa wie auch in anderen Teilen der Welt wieder anheizen. Im Gegensatz zu den Unzulänglichkeiten, Misserfolgen und Sackgassen der antiimperialistischen Analyse (in Bezug auf die Frage der Befreiung der sozialen Klassen), die das Problem in der Konfrontation mächtiger Staaten oder hegemonialer Koalitionen mit weniger mächtigen Staaten sieht, investiert sie in die Entwicklung von nationalen Volksbefreiungsbewegungen und befürwortet (direkt oder indirekt) die «Selbstbestimmung der Völker» durch die Schaffung eines eigenen Staates oder ihre Integration in den Nationalstaat, den sie als ihren eigenen anerkennen. Ein Ansatz, der unweigerlich in der Umarmung des Etatismus endet», aus der Broschüre der Offenen Antikriegsversammlung der Anarchisten «NATIONAL IDEAS GIVE BIRTH TO GRAVEYARDS», über den Krieg in der Ukraine, Februar 2023.

Im Falle Palästinas werden die Grenzen des national-liberalistischen Ansatzes auch dadurch erreicht, dass der koloniale Staat seine Basis nicht woanders hat, sondern einen «Siedlerkolonialismus» ausübt³².

32 Der «Siedler kolonialismus» ist eine Form der Expansionspolitik mit anderen Merkmalen als der «klassische» Kolonialismus (Siedlerkolonialismus: Ein theoretischer Überblick, Lorenzo Veracini, 2010). Im «klassischen» Kolonialismus zielen die militärische Besetzung und die Verwaltungsorganisation in erster Linie auf die Ausbeutung (Ressourcen und Humanressourcen) der kolonisierten Bevölkerung durch die Kolonialmacht, die ihren Sitz (mit ihrem Metropolenstaat) an einem anderen Ort der Erde hat.

Der «Siedlerkolonialismus» wird eher als Invasion von Territorien und Vertreibung der einheimischen Bevölkerung organisiert/ausgedrückt. Das Element der Ausbeutung ist nicht das entscheidende (obwohl es inhärent ist), und die dominierenden Faktoren sind territorialer, demographischer und politischer Natur. Die Ansiedlung von Siedlern in einer Region bietet die Aussicht, ihre dauerhafte Präsenz zu etablieren und die Zusammensetzung der Bevölkerung zu verändern, um die politische (d. h. staatliche) Vorherrschaft in dieser Region zu erlangen. Der «Siedlerkolonialismus» erreicht seine Ziele, wenn er als Aktivität «normalisiert» wird und mit ihm die Siedler, wenn das von ihnen besetzte Gebiet durch ihre langfristige Ansiedlung nun als integraler Bestandteil des kolonisierenden Staates betrachtet wird.

Die Ansiedlung ist ein Instrument des

Es kann also nicht um den Abzug der Besatzungs-, Rassismus- und Ausbeutungsmacht gehen, sondern um die Dekolonisierung der Region (als besetztes Territorium), der Siedler (als Personen, die eventuell weiterhin in der Region leben dürfen), der sozialen Beziehungen und des Bewusstseins (als koloniale rassistische institutionelle Matrix und Alltagspraktiken), mit der Voraussetzung der Zerstörung des Apartheidstaates im Rahmen einer revolutionären befreienden gesellschaftlichen Transformation.

«demographischen Engineerings», das Häuser, Arbeitsplätze und/oder Land mit dem Versprechen eines besseren Lebens anbietet. In vielen Fällen ist die Ansiedlung von Siedlern eine Maßnahme nach der Vertreibung eines großen Teils der früheren Bevölkerung (wie die Nakba 1948 in der palästinensischen Region) und setzt sich in einer stetigen Expansionspolitik mit neuen Siedlungen, der Besetzung von mehr Land, ständigem Druck auf die örtliche Bevölkerung zum «Weggehen» und sogar neuen Vertreibungen fort.

Im Kontext des «Siedlerkolonialismus», bei dem die Kolonialmacht kein «fremder» Staat aus einem anderen Teil der Welt ist, bezieht sich die Dekolonisierung auf eine andere Perspektive als beim «klassischen» Kolonialismus, bei dem der Rückzug der Kolonialmacht eine Vorbedingung ist.

IN SOLIDARITÄT MIT DEM PALÄSTINENSCHEN KAMPF

AUS DEN OBIGEN AUSFÜHRUNGEN muss deutlich werden, in welcher Weise und aus welcher Perspektive wir uns mit dem palästinensischen Kampf um Leben, Würde³³, Land und Freiheit solidarisieren. Aus der Perspektive, die nicht an einem oder zwei Staaten in der palästinensischen Region interessiert ist - mit Blick auf die Zerstörung aller Staaten

33 Der Begriff der Würde steht im Mittelpunkt der sozialen, literarischen und philosophischen «Debatte», die im Nahen Osten und in der arabischen Welt geführt wird, und hat wenig mit der einfachen moralischen Konzeptualisierung zu tun, die er in der westlichen Welt hat. Er verbindet Begriffe wie Anerkennung, Selbstbestimmung, gegenseitige Achtung und Freiheit. Die Fähigkeit, als Gemeinschaft (uma) und als Person so zu existieren, wie ich es will und wie ich es für mich definiere. Seine Verwendung ähnelt der Beschwörung der individuellen und kollektiven Freiheit in der westlichen Welt.

weltweit -, sondern die Prozesse an der gesellschaftlichen Basis (mit all ihren Problemen, Grenzen und Widersprüchen) erkennen, aufzeigen und mit der Logik des Zusammenlebens verbinden will, aus einer sozial-emanzipatorischen Sicht. Wir tragen mit Worten und Taten aus diesem Teil der Welt und im Rahmen unserer Möglichkeiten zum Widerstand gegen die Vertreibung und Vernichtung der PalästinenserInnen und zur Schaffung von Hindernissen für die griechisch-israelische Allianz und die aktive Beteiligung des griechischen Staates an dem laufenden Massaker bei. Gleichzeitig stehen wir jenen JudInnen zur Seite, die sowohl innerhalb Israels (Fälle von KriegsgegnerInnen und KriegsdienstverweigerInnen) als auch anderswo auf der Welt es

nach Überschneidungen und einem harmonischen Zusammenleben auf der Grundlage von Gegenseitigkeit und Interaktion suchen, gegen falsche staatliche, nationale, religiöse, rassistische und geschlechtsspezifische Trennungen. Für eine Intifada in jedem Winkel der Erde.

Abschließend fügen wir zwei Auszüge ein, die uns wichtig erschienen, weil sie nicht nur im Kontext des konkreten Kampfes, sondern auch im Hinblick auf die kollektive und individuelle Befreiung eine Perspektive aufzeigen. Denn sie heben Grenzen und Diskriminierung auf, kämpfen gegen Staat, Kapital, Rassismus, nationale Illusionen und Patriarchat und stellen sich eine Welt ohne Macht, Spaltung, Unterdrückung und Ausbeutung vor.

„Wie könnte ich als Queer und Anarchist für die Errichtung eines Staates kämpfen, in dem die Besatzungsmächte nur die Hände wechseln und neue und alte Unterdrückung errichten? Was haben wir mit einer nationalen Bewegung gemeinsam, die dieselben nationalen Ideale rekonstruiert, die wir in unserer eigenen Gesellschaft abbauen wollen? [...]

Eines der wichtigsten Themen für die radikale Linke Israels, insbesondere seit

Beginn der Intifada, ist die gemeinsame politische Arbeit von PalästinenserInnen und israelischen JudInnen. Dies könnte als Reaktion auf die rassistische Politik verstanden werden, für die Israel steht: die totale Trennung zwischen Israelis und PalästinenserInnen, sei es durch Mauern (1948 in Israel und im Westjordanland), Checkpoints und Apartheidstraßen oder durch getrennte Schulen, rassistische und religiöse Heiratsgesetze und die rassistische Belästigung von "arabisch aussehenden" Menschen am Eingang jedes Einkaufszentrums, Restaurants oder Clubs. In einer solch offenkundig rassistischen Atmosphäre besteht der radikalste Akt darin, diese Trennung zu durchbrechen, indem man gemeinsam mit Palästinensern demonstriert, zusammenlebt, miteinander spricht, sich liebt und füreinander sorgt - und sogar miteinander schläft [...]

Doch gegen etwas zu kämpfen ist nie genug; wir müssen für eine andere Zukunft kämpfen, für das, was wir für die beste Lösung halten, mit der alle Menschen leben können [...] Zusammenzukommen, zusammen zu leben - Ta'ayush auf Arabisch - ist gleichzeitig unser Mittel und unser Ziel [...]

Die Überwindung der Grenzen von Nation und Ethnie mag das ultimative Ziel sein, aber die Situation ist ein bisschen

schwieriger als das. Die PalästinenserInnen als eine ethnische Gruppe, die unter nationaler Unterdrückung leidet und weder über ein eigenes Selbstbestimmungsrecht noch über einen eigenen Staat verfügt, kämpfen gegen ihre Unterdrückung auf die üblichste und bekannteste Art und Weise [...]

Aber was sollen wir als AnarchistInnen in diesem Kampf tun? Wofür kämpfen wir eigentlich, und mit wem? Versuchen wir, Teil dieses "nationalen Befreiungsprozesses" zu sein, wie es einige linksradikale israelische AktivistInnen tun, und sehen wir uns als jüdische PalästinenserInnen? Oder glauben wir, dass die nationale Befreiung nur ein Punkt ist, den man durchlaufen sollte, ein Schritt nach vorne, und dass der Tag, an dem er siegreich endet (und eine andere gute Frage wäre, was bedeutet das Ende eines nationalen Befreiungskampfes in Palästina?), auch der Tag sein wird, an dem die ausgebeuteten palästinensischen Massen zusammen mit ihren jüdischen Arbeiterklassenbrüdern und -schwestern die soziale Revolution beginnen? Oder ist es vielleicht völlig irrelevant, was wir denken oder wollen, weil wir ein Teil der kolonialistischen Gesellschaft sind und als solche nur unsere bedingungslose Solidarität mit den Zielen und Bedürfnissen des unterdrückten Sektors anbieten sollten? Diese Fragen sind zwar zynisch formuliert,

aber nicht unberechtigt. Nationale Befreiung ist immer zweideutig: Sie ist die Befreiung von kolonialistischer Unterdrückung und gleichzeitig der Aufbau neuer Modelle von Unterdrückung und Ausbeutung, und genau in dieser ambivalenten Situation müssen wir unseren Weg wählen. Dies wird noch komplizierter, wenn wir über eine kolonialistische Situation sprechen, die nicht dadurch gelöst werden kann, dass die kolonialistischen Mächte in ihre Heimatländer zurückgedrängt werden. Vielmehr geht es darum, die Siedlergesellschaft zu dekolonisieren und die Israelis nicht nur als die derzeitigen Unterdrücker zu betrachten, sondern auch als ein Volk, das die gleichen Freiheiten und Rechte verdient wie alle anderen Völker in der Region.

Der gemeinsame palästinensisch-israelische Kampf - der Kampf gegen die Mauer, an dem sich "Anarchists Against the Wall" beteiligt, oder die vielen Kampagnen, bei denen Ta'ayush palästinensische Gemeinden in den besetzten Gebieten oder 1948 von dem israelischen Staat geschützt hat - scheint der beste Weg zu sein, die vielen Widersprüche, mit denen wir konfrontiert sind, auf politisch produktive Weise anzugehen. Die gemeinsame Arbeit von Israelis und PalästinenserInnen ist in diesem Sinne eines der Ziele, vielleicht sogar das wichtigste Ziel jeder Kampagne,

an der wir uns beteiligen - sei es im Widerstand gegen die Mauer, den Abriss von Häusern oder die Invasion der Armee. Durch diese Arbeit dekonstruieren wir die rassistischen Grundlagen des Konflikts. Ein Israeli, der an einer palästinensischen Demonstration teilnimmt und angesichts der brutalen Unterdrückung durch die Armee sein Leben und seinen Körper riskiert, stellt nicht nur das Grundverständnis des israelischen Soldaten in Frage (die Soldaten fragen uns oft, bevor oder nachdem sie auf uns geschossen haben, ob wir keine Angst haben, in den Dörfern von ihren palästinensischen Bewohnern getötet zu werden), sondern auch das palästinensischen Bauern, der die Israelis nur als ihren Unterdrücker kennenlernt [...]

Natürlich ist die Annäherung von PalästinenserInnen und Israelis für beide Seiten keine leichte Aufgabe. Wir müssen uns daran erinnern, dass neben unseren Machtpositionen in diesem Konflikt auch viele kulturelle, politische und soziale Unterschiede bestehen - Positionen, die wir nicht einfach ignorieren können, weil wir hoffen oder glauben, dass wir alle nur gleichberechtigte GenossInnen in einem Kampf sind. Der Kampf, die palästinensische Kultur mit ihren patriarchalischen, militaristischen und homophoben Elementen zu verändern und

herauszufordern, ist nicht unsere Aufgabe, sondern die unserer palästinensischen Genossinnen und Genossen, denen wir unsere Solidarität anbieten müssen - in erster Linie, indem wir ihnen die Last der Besatzung von den Schultern nehmen und indem wir dieselben Elemente in unserer eigenen Gesellschaft bekämpfen. Die Befreiung ist immer ein Prozess, und sie kann sich nur entwickeln und intensivieren, wenn das größte Hindernis, das ihr im Wege steht, beseitigt wird."

"Für Palästina und die ganze Welt wünsche ich mir einen Ort, an dem wir leben dürfen. Ich wünsche mir eine völlig andere Welt. Ich wünsche mir Befreiung. Eine Welt, in der die Menschheit in allen Formen und Farben wieder respektiert wird. Wo die Menschen sein dürfen, wer sie sind, ohne in Angst zu leben.

Es ist mir egal, wie sie diesen Ort bezeichnen. Die Flaggen sind mir egal. Freiheit ohne Nationalität und Identität. Nicht die kommunistische oder die islamische Art. Ich will einen Ort, an dem jeder, egal welcher Religion, respektiert wird. Auch die Tiere müssen frei sein. Ich will eine Utopie, und ich werde nichts weniger akzeptieren.

Wenn wir im Kampf für diese Welt sterben, dann sind wir wenigstens im Kampf für das Gute gestorben. In dem Moment, in dem wir aufhören zu glauben, dass wir diese Utopie erreichen können, haben wir nichts mehr, wofür wir kämpfen können. Warum würdest du noch einen Atemzug tun, wenn du nicht daran glaubst, dass sich etwas ändern kann?"

